

POLIZEI REPORT

G 6811
ISSN 0937-5333

Nr. 100 · Sept. 2009



BEZIRKSGRUPPE SÜDHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Südhessen
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für Südhessen mit den
Kreisen Groß-Gerau – Darmstadt – Bergstraße
Odenwald und PAST Darmstadt/Lorsch

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion:

GdP BZG Südhessen
Norbert Weinbach,
Rolf Büttner, Uschi Hess

Die Bezirksgruppe im Internet:

www.gdp-bzg-suedhessen.de

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Aus dem Inhalt

25 Jahre Polizei Report Südhessen	Freunde und Helfer in froher Runde	Urlaubsanspruch auch bei Rente/Pension
Seite 5	Seite 19	Seite 27
Innenminister sieht Personalengpass	Arbeitsbericht des Landessenioren- vorstand der GdP Hessen	Hurra, wir dürfen länger arbeiten
Seite 6	Seite 20	Seite 28
Mit 24 Jahren Beamtin auf Lebenszeit	Die Rente muss zum Leben reichen	Das "Wir" vor das "Ich" stellen
Seite 7	Seite 24	Seite 28
Zwölf neue Kriminal- kommissar/innen	Verkürzung der Lebensarbeitszeit?	"Die korrupte Republik"
Seite 9	Seite 24	Seite 29
Rund 100 Höhergruppierungen möglich	Ein Blick über den Zaun	
Seite 10	Seite 27	
JHV der Kreisgruppe Odenwald		
Seite 14		
Der Schichtdienst auf dem Abstellgleis		
Seite 15		
Rätsel		
Seite 15		
"Charly Braun" im Ruhestand		
Seite 16		
Von der Post zur Polizei		
Seite 16		
Vom Maschinenschlosser zum Hauptkommissar		
Seite 17		



Polizei Report Nummer 100

Vor 25 Jahren erschien der erste südhessische Polizei Report

Ein Jubiläum ist immer auch eine Zeit zum Innehalten, zum Zurückschauen. Wir haben jetzt so ein „Jubiläum“, nämlich die 100. Ausgabe unseres südhessischen Polizei-Reports. Im Dezember 1984 erschien die erste Ausgabe. Jochen Huck, Henning Möller und Wolfgang Peter bildeten die Redaktion. Sie hatten die 32seitige Erstausgabe zusammengestellt, damals noch fast ohne Anzeigen. Horst Müncher, noch BZG-Vorsitzender, schrieb das erste und auch sein letztes Vorwort im Report. Im Januar 1985 wurde ich zum BZG-Vorsitzenden gewählt und habe seit der März-Ausgabe (Nr. 2) im Report das Vorwort geschrieben und in der Redaktion mitgemischt. Starthelfer war das Polizei-Sozialwerk Hessen e.V., das schon einige Jahre zuvor einen Report für die BZG Frankfurt (sie haben aktuell die Nummer 124) herausgebracht hatte.

Von Schlüchtern bis Hirschhorn

Damals umfasste die BZG Südhessen (mit mehr als 2000 Mitgliedern) noch die Landkreise Main-Kinzig, Groß-Gerau, Bergstraße, Odenwald, Offenbach und Darmstadt mit den Städten Offenbach und Darmstadt. In beiden Städten gab es ein Polizeipräsidium, die anderen Dienststellen unterstanden dem Regierungspräsi-



ten. Für Darmstadt war ein Neubau im Gespräch, der später an der Klappacher Straße auch gebaut wurde. In Offenbach wurde ein neues Präsidium gebaut. Dort stand der legendäre Präsident Kurt Löwer an der Spitze der Polizei und in Darmstadt der nicht minder legendäre Peter C. Bernet. Das waren noch unabhängige Charaktere, die gut mit der GdP zusammenarbeiteten und die sich in erster Linie für „ihre“ Polizei einsetzten und nicht irgendwelche Parteirichtlinien vertraten. Auch Regierungspräsident Hartmut Wierscher kann man hier einreihen. Innenminister war Horst

Winterstein, ein Mann mit Ecken und Kanten, auf dessen Wort man sich aber verlassen konnte.

Offenbach war tonangebend

Tonangebend war die Kreisgruppe Offenbach mit fast 800 Mitgliedern. Sie stellte in den Anfangsjahren auch die Redakteure für den Report und lieferte die meisten Artikel und Fotos. Das änderte sich im Laufe der Zeit, als der Report zur beliebtesten Polizeizeitschrift wurde. Da kamen dann Beiträge aus allen KG zusammen. Es gab beliebte Kolumnen wie Beiträge vom „Umweltrolf“ (Rolf Degenhard, Offenbach) zur Gartenpflege, die bissigen Kommentare von „Fritzie Bitterbörs“ (Friedel Becker), Jochen Huck berichtete über interessante Kriminalfälle der Weltgeschichte oder führte den „Nussknacker“ ein. Wir berichteten über unsere BZG-Seminare, das Kleinfeldfußballturnier, die Teilnahme an Demos, Skifreizeiten, Reiseangebote und über Veranstaltungen unserer Kreisgruppen. Henning Möller kommentierte aus der Sicht des Hauptpersonalrates das polizeiliche Geschehen und ich schrieb politische Kommentare. Es war ein lebendiger Report, dessen Geschichte sich bis heute fortgesetzt hat.

Report wurde „kleiner“

Als dann mit der Polizeireform 2002 auch eine Neugliederung der GdP kam, wurde die Bezirksgruppe kleiner, hatte noch fünf Kreisgruppen und nur etwa 1000 Mitglieder. Da wurde auch der Report „kleiner“. Der Polizei-Report Südhessen ist aber noch heute, soweit das aufgrund des vierteljährlichen Erscheinungsdatums möglich ist, aktuell, auf der Höhe der Zeit und immer kritisch eingestellt gegenüber der Politik, egal ob die Federführung, schwarz, schwarz-gelb, rot oder rot-grün ist. Wir versuchen auch in Zukunft, ein gewisses Niveau zu halten, damit der Report eine gerne gelesene Polizeizeitschrift ist. Was wir brauchen, sind ein paar junge Leute (vielleicht finden sich auch ein paar ältere Kolleg/innen), die bereit sind, über polizeiliche Ereignisse aus ih-



Ein Titelbild aus dem Jahr 1990. Auch damals mobilisierte die GdP die Bevölkerung, um der Polizei zu helfen.

rem Umkreis zu berichten, die lustige Geschichten erzählen können, die über ausgefallene Hobbys ihrer Kolleg/innen berichten und einiges andere mehr. Ein Report kann nur so lebendig sein wie die Menschen, die ihn gestalten. Für Anregungen ist die Redaktion immer dankbar. Ich habe jetzt 25 Jahre lang federführend am Report Südhessen mitgearbeitet. Eines schönen Tages höre auch ich auf. Ich hoffe, dass es dann immer noch einen lebendigen Polizei-Report Südhessen geben wird und dass die Herausgeber in der Lage sein werden, ihn zu finanzieren.

Norbert Weinbach



Titelbild 2005, unser unvergessener und viel zu früh verstorbener BZG-Vorsitzender Jo Hable.

Innenminister Bouffier sieht „Personalengpass“ PP Südhessen richtet Polizeiempfang 2009 in Kirchbrombach aus



Dem Innenminister (links) in den Mund gelegt: „Da geht es lang Herr Dölger“.

Der Polizeiempfang 2009 wurde Ende Mai vom Polizeipräsidium Südhessen (PPSH) ausgerichtet. PP Gosbert Dölger begrüßte im Kirchbrombacher „Burghof“ dreihundert Gäste von Politik und Polizei, darunter den hessischen Innenminister Volker Bouffier und den Landespolizeipräsidenten Norbert Nedela.

Hohes Ansehen der Polizei

In seiner Ansprache bedankte sich Bouffier bei allen Mitarbeiter/innen der hessischen Polizei. Stellvertretend für 18.000 Polizeibeschäftigte zollte er den anwesenden Beschäftigten Dank, Anerkennung und Respekt für die geleistete Arbeit. Vor allem die bislang höchste und stetig ansteigende Aufklärungsquote belege die hervorragende Arbeit der hessischen Polizei. Ziel sei es, das Sicherheitsgefühl der Bür-

ger/innen weiter zu erhöhen. Das hohe Ansehen der Polizei bei der Bevölkerung hob er als Verdienst der Beschäftigten hervor. Dies werde vor allem durch das Verhalten im täglichen Dienst geprägt und in vielen Dankesbriefen an den Minister dokumentiert. Gelobt werde die Kompetenz und angemessene Reaktion der Polizei.

Personalengpass bestätigt

Er bestätigte auch die großen Personalsorgen innerhalb der Polizei und verwies darauf, dass die Polizei nicht alle Probleme lösen könne. Vielmehr sehe er die Ordnungsbehörden der Kommunen in der Verpflichtung. Auch das ehrenamtliche Engagement im Freiwilligen Polizeidienst sollte ausgebaut werden. Ihm sei durchaus bekannt, dass bei der hessischen Polizei eine sehr hohe Einsatzbelastung vorherrsche und an freien Tagen, insbesondere an den Wochenenden, oft durch kurzfristige Einsätze Dienst geleistet werden müsse. Durch die erhöhten Einstellungszahlen und die Aufstockung der Wachpolizei solle die Personalsituation verbessert werden. Die Menge der zusätzlich hinzu gekommenen Aufgaben könne nur angemessen erfüllt werden, wenn sich die Personalausstattung verbessere. Er sei sich aber auch im Klaren, dass auf Dauer das hohe



Michael Schweikert im Gespräch mit Kolleg/innen.

Niveau nur mit hoch motivierten Polizeibeschäftigten zu halten sei.

Unterhaltungsprogramm

Durch das unterhaltsame Rahmenprogramm führte Karlheinz Treusch, der dabei mit echten Highlights aufwarten konnte. Hierzu gehörte auch POK Marc-Alexander Wuthe, der auf der Orgel die Begleitmusik spielte, aber auch selbst sang. Zum Programm gehörten professionelle Taneinlagen mit Formationstänzen sowie Gesangseinlagen.

Zur allgemeinen Erheiterung trug die Komödiantin Marlene Schwarz, alias „Herta Wacker“ bei. Im tiefsten Odenwälder Dialekt zeigte sie keinerlei Scheu im Umgang mit den „großen Tieren aus Wiesbaden“. So war es die Neugier, den Innenminister zu fragen, ob er denn zu dem Brillengeschäft Bouffier dazugehört, was der verneinte. Im Übrigen wür-

de sich der Name Bouffier eher von „Büffet“ ableiten lassen und dann auch besser zu dem Namen des Ministerpräsidenten Koch passen. Sie bedauerte, dass der nicht kommen konnte weil Sie ja von ihm, wie auch vom Innenminister, ein Autogramm haben wollte. Nachdem sie den Innenminister nicht dazu überreden konnte, stellvertretend für den Ministerpräsidenten das Autogramm zu unterschreiben, erklärte er sich bereit, die Unterschrift einzuholen und nachzureichen. Ganz beiläufig hat sie dann auch erwähnt, dass die Autogramme für ihren Enkel seien, der sie in der Schule verkaufen wollte.

Natürlich habe sie sich im Vorfeld über den hohen Besuch informiert, so dass ihr aufgefallen sei, dass der



Keine Angst „vor den großen Tieren aus Wiesbaden“ hatte die Odenwälderin „Herta Wacker“.

Landespolizeipräsident häufig in Begleitung einer Pfeife zu sehen sei. Das finde sie richtig toll, weil eine Pfeife gut zum Kriminalisten passe. Sie bedauerte, dass ihr Enkel Leon-Cedric seinen Berufswunsch, Polizist zu werden, nicht erfüllen könne, weil er zu klein sei. Dabei

habe der Landespolizeipräsident doch sicher auch mal klein angefangen. Lang anhaltender Applaus des Publikums würdigte die vorgebrachten Programmpunkte, ehe es dann im Innenhof des Burghofs mit interessanten Gesprächen weiter ging. gdpms

Mit 24 Jahren Beamtin auf Lebenszeit Ernennung zu Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit



Erinnerungsfoto bei der Ernennung „Beamtin/Beamter auf Lebenszeit“, v.l., Michael Schweikert, Sabrina Schmitt, Harald Schneider, Jasmin Zimmermann, Françoise Stephan, Esther Schäfer, Uwe Brunnengräber, Cornelia Scholl, Mirko Ansoerge, Peter Herzig, Christoph Schmidt. gdpms

Polizeivizepräsident (PVP) Uwe Brunnengräber und der Personalratsvorsitzende Michael Schweikert waren sich einig: Die Urkunde zur Überleitung vom Beamtenverhältnis auf Probe in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist sicher eine der wichtigsten Urkunden im Beamtenleben überhaupt. Dies haben auch die jungen Kolleg/innen erkannt, von denen einige für diesen Anlass ihren Jahresurlaub kurzfristig unterbrochen haben.

Diesen hohen Stellenwert unterstrich Uwe Brunnengräber, indem er in einer kleinen Feierstunde in kleiner Runde bei der Pst. Rüsselsheim diese Urkunden persönlich aushändigte. Dabei konnte er sich auch davon überzeugen, dass seine Mitar-

beiter/innen sehr engagiert und motiviert sind.

Die Aushändigung dieser Urkunden hatte für die jungen Polizeikommissar/innen aber auch noch eine Besonderheit. Erstmals wurden sie bereits vor Beendigung des 27. Lebensjahres zu Lebzeitbeamten/innen ernannt. Die jüngste Kollegin war gerade mal 24 Jahre alt.

Möglich wurde dies durch das am 1. April 2009 in Kraft getretene Beamtenstatusgesetz. Danach ist es künftig so, dass bereits nach einer dreijährigen Probezeit die Ernennung zum Lebzeitbeamten, unter Wegfall des bisherigen gesetzlichen Lebensalters von 27 Jahren, erfolgen kann. Deshalb kommt dieser

Probezeit eine erhöhte Bedeutung zu. In der Probezeit soll sich insbesondere erweisen, ob der/die Beamte/in die für eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit notwendigen Anforderungen an Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung erfüllt.

Als Grundlage für die Entscheidung über die Bewährung während der Probezeit ist nach achtzehn Monaten ein Zwischenbericht zu erstellen. Vor Abschluss der Probezeit muss die Feststellung erfolgen, ob der/die Beamte/in sich in vollem Umfang bewährt hat.

Nach dieser kleinen Feierstunde, an der auch der Leiter Einsatz, LtPD Schneider, die Leiterin der Polizeidirektion Groß Gerau, KD'in Stephan, sowie der Leiter des 2. Polizeireviers, EPHK Herzig, teilgenommen hatten, wurde bei strahlendem Sonnenschein noch ein Erinnerungsfoto geschossen.

gdpms

Alle Menschen werden als Original geboren. Doch die meisten sterben als Kopie.

Zwölf neue Kriminalkommissar/innen

Versetzungstermin im August stellte PP Südhessen vor Probleme

Polizeipräsident Dölger ließ es sich nicht nehmen, die 22 zum Polizeipräsidium Südhessen (PPSH) versetzten Kolleg/innen persönlich im Vortragssaal des PP zu begrüßen und sie für ihre künftigen Aufgaben beim PPSH zu sensibilisieren. Personalratsvorsitzender Michael Schweikert hieß die neuen Kolleg/innen herzlich Willkommen, zeigte aber auch die Problemstellungen auf, die im Zusammenhang mit diesem Versetzungstermin im Vorfeld zu lösen waren.



Begrüßung der „Neuen“ beim PP Südhessen, vorne links, PP Gosbert Dölger. gdpms

Nachdem das Landespolizeipräsidium (LPP) zunächst den Versetzungstermin vom August auf den Oktober verschieben wollte, lehnte der Hauptpersonalrat (HPR) eine Verschiebung des Termins ab. Schließlich wäre eine Verschiebung um zwei Monate ausschließlich zu Lasten der Flächenpräsidien gegangen und hätte die ohnehin schon prekäre Personalsituation noch weiter verschärft. Letztlich verständigten sich LPP und HPR darauf, den Termin nur einige Tage nach hinten, auf den 5. August zu verschieben.

Erstmals beendeten Ende Juli an der Verwaltungsfachhochschule (VFHS) auch 45 Kolleg/innen ihr Studium, die als Kriminalkommissaranwärter/innen unmittelbar in den Kriminaldienst eingestellt wurden. Für diesen Personenkreis ist nach Ende des Studiums keine Verwendung in der Bereitschaftspolizei (HBP) vorgesehen, so dass sie unmittelbar zu den Polizeipräsidien versetzt wurden. Diese Verfahrensweise führte zur Verärgerung aller Versetzungsbewerber aus der HBP, die ihre Mindestverweildauer bereits absolviert hatten und mit einer Versetzung zu ihrem Wunschpräsidium rechneten. Im Vergleich zu anderen Präsidien wurde dem PPSH eine überproportional hohe Anzahl von zwölf Kriminalkommissar/innen vorgegeben, die unmittelbar im Kriminaldienst zu verwenden sind. Diese Hinzusetzungen wurden dann mit dem zustehenden Kontingent an freien und besetzbaren Stellen verrechnet. So blieben dem PPSH für den Wechselschichtdienst

nur elf Stellen, sechs frei durch Ruhestand, fünf durch Versetzungen zu anderen Präsidien. Da die Mehrzahl der Fehlstellen beim PPSH im Wechselschichtdienst ist, galt es, entsprechende Lösungen zu finden. Hierzu zählte beispielsweise das Angebot an Kriminalbeamten/innen der RKI bzw. ZKI, zumindest befristet auch außerhalb ihres Kommissariates, beispielsweise in einer DEG, Dienst zu versehen. Gleiches galt für freie Stellen im Bereich der Kripo, die erstmals nur für Beschäftigte aus den Reihen der RKI und ZKI hausintern ausgeschrieben wurden. Die dann noch verbliebenen offenen Stellen wurden mit Kriminalkommissar/innen besetzt.

In der Vergangenheit wurden diese freien Stellen, mit der Möglichkeit eines Laufbahnwechsels von der Schutz- zur Kriminalpolizei, hausintern ausgeschrieben. Zwangsläufig ist die endgültige Entscheidung, wo die neuen Kolleg/innen beim PPSH eingesetzt werden, erst wenige Tage vor dem Versetzungstermin erfolgt. Das hat bei den „Neuen“ nicht gerade für Planungssicherheit wohl aber für Unverständnis gesorgt.

Michael Schweikert machte deutlich, dass die vorgetragenen Kritikpunkte kein Vorwurf an die jungen Kriminalkommissar/innen seien. Es war ihm aber wichtig, auch die Problemstellungen aufzuzeigen, die bei manchen Beschäftigten des PPSH aber auch bei Versetzungswilligen aus der HBP für Verärgerung gesorgt haben. gdpms

EMANZIPATIONSFRAGMENT

Einst sagte frau,
ich hab satt
das Einerlei meiner Küche.
Da bot man ihr
neue Tapeten
und Einbaumöbel
in echt Eiche.

Und frau sagte,
ich will raus,
nicht bloß putzen, kochen,
Wäsche waschen.
Da ließ mann sie
zu alledem
berufstätig sein.

Und als frau rief,
mein Bauch gehört mir,
überließ mann ihr,
hörbar aufatmend,
die Verantwortung
für Familienplanung.

Und frau forderte,
ich will Chancengleichheit.
Da bot mann ihr,
aus Gerechtigkeit, sozusagen,
eine Stelle bei der Bundeswehr.

Und frau bat,
ich möchte mehr Zärtlichkeit.
Da schenkte mann ihr
Pelze und Perserkatze.

Da sagte frau,
frau braucht andere Männer.
Und so ließ mann sich scheiden.

Wann wird mann
frau versteh'n?

Brigitte Jährling

Rund 100 Höhergruppierungen möglich

GdP diskutiert mit LPP Norbert Nedela über die Zukunft der Wachpolizei

„Erfolge fallen nicht vom Himmel, dafür muss man streiten“, rief Jörg Bruchmüller, Landesvorsitzender der GdP Hessen, den fast 100 Wachpolizist/innen (WaPo) zu, der zur GdP-Veranstaltung „Zukunft der Wachpolizei“ ins Polizeipräsidium Mittelhessen nach Gießen gekommen waren. Es war die vierte Veranstaltung dieser Art, seit die Wachpolizei vor neun Jahren eingeführt worden ist.

Bruchmüller, der Polizeipräsident Manfred Schweizer (Ich bin dankbar, dass es die Wachpolizei gibt) als Hausherrn und GdP-Mitglied begrüßte, machte deutlich, dass die Wachpolizei auch in der GdP angekommen sei. Die GdP sei eine Gewerkschaft für alle Beschäftigten, Beamte/innen und Tarifbeschäftigte, Schutz- und Kriminalpolizei.

Die WaPo sei ein Erfolgsmodell in blauer Polizeiuniform, die immer mehr gefahrensengeneigte Tätigkeiten übernehme. Die Bevölkerung unterscheide nicht zwischen Polizei und WaPo. Dass auch ein Wachpolizist bei der Absicherung einer Unfallstelle zu Tode kommen könne, habe man jüngst schmerzlich erfahren müssen bei dem 31jährigen Kollegen Michael Roque. Alle Teilnehmer/innen gedachten des getöteten Kollegen mit einer Schweigeminute.

Perspektiven für die Wachpolizei erarbeiten

Dass die WaPo jetzt relativ gut abgesichert sei, sei auch ein Erfolg der GdP, erinnerte Jörg Bruchmüller. Sie sei nach einer solchen Veranstaltung wie heute zustande gekommen. Jetzt sei es an der Zeit, der WaPo eine Perspektive aufzuzeigen, eine Höhergruppierung von BAT Vlb in BAT Vc. Hieran werde bei den weiteren anstehenden Tarifverhandlungen gearbeitet, machte die GdP-Tarifexpertin Erika Büttner deutlich. Erreicht habe man schon, dass Tarifbeschäftigte im Schichtdienst nur 38,5 Stunden arbeiten müssten. Für Polizist/innen gebe es das nicht, weil die Landesregierung es nicht wolle. (Mittlerweile gibt es die Möglichkeit einer Lebensar-



Gut besucht war die GdP-Veranstaltung zur Zukunft der Wachpolizei. nw

beitszeitgutschrift). Auch eine positive Feiertagsregelung sei erreicht worden. Es gebe eine rückwirkende Zeitgutschrift.

Man habe für die WaPo zwölf Aufgaben festgelegt, analog dem Katalog für die Hilfspolizei. Es sei aber nicht möglich, alle diese Tätigkeiten mit der schlechter bezahlten Einstufung nach BAT Vlb in Einklang zu bringen. Das gehe nur über eine Entgeltordnung, über die jetzt verhandelt werde, wo es bisher aber wenig Entgegenkommen der Arbeitgeberseite gegeben habe. Hilfreich seien hier Arbeitsplatzbeschreibungen der einzelnen Wachpolizist/innen. Da müsse dann auch über eine weitere Verbesserung der Versorgung gesprochen werden. „Das erscheint alles einfach, ist im Detail aber kompliziert“, erklärte Erika Büttner.

Politik will am Angestelltenstatus der WaPo nichts ändern

Landespolizeipräsident Norbert Nedela, Hauptredner dieser Veranstaltung, verwies darauf, dass man komplizierte Dinge auch vereinfacht sehen könne. Die vorangegangene Veranstaltung der GdP mit der WaPo (2006) habe dazu geführt, dass es Verbesserungen in der Unfallfürsorge gegeben habe. Das zeige, dass das Landespolizeipräsidium den richtigen Weg eingeschlagen habe, auch wenn weitere Verbesserungen notwendig seien. Stefanie Soutchek, Leiterin der Abt. III im LPP und Fachfrau für Personalfragen, musste in der späteren Diskussion erklären, warum man den Unfallschutz nur „analog“ dem der

Polizeibeamt/innen umsetzen könne.

Norbert Nedela versicherte aber glaubhaft, dass sein Haus alles möglich mache, was gesetzlich erlaubt sei. Das Erreichen einer besseren Versorgung sei eine Sternstunde gewesen, bilanzierte er. „Vielleicht erleben wir heute bei dieser Veranstaltung wieder eine Sternstunde, wenn es um Besoldung, Versorgung und Arbeitssituation geht“, machte er den Teilnehmer/innen Hoffnung. Von einst 110 Wachpolizist(innen) sei man bei 380 angekommen und es könnten 150 mehr werden nach Verabschiedung des Haushalts 2009. Eingestellt worden seien sie allerdings als Angestellte für Aufgaben ohne hohe Eigengefährdung. Daran wolle die Politik auch nichts ändern, unterband er eine Diskussion in Richtung Verbeamtung und mittlerer Dienst.

Bekanntnis zur zweigeteilten Laufbahn

Die WaPo sei Teil der hessischen Sicherheitsarchitektur, heute mit breit gefächertem Tätigkeitsfeld und breit gefächelter Verantwortung, gut ausgebildet und ausgerüstet aber mit Aufgaben, die kein dreijähriges Studium erforderten. Hessen habe als einziges Bundesland die zweigeteilte Laufbahn komplett umgesetzt und daran solle sich auch nichts ändern.

Norbert Nedela bedankte sich bei der WaPo für die geleistete Arbeit, die Schupo und Kripo entlaste und die dazu beitrage, das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen. Das



Das Podium, v.l., Mathias Schack (WaPo OF), Jörg Bruchmüller, LPP Norbert Nedela, Erika Büttner, Harald Nau (WaPo GI). nw

LPP prüfe, auch mit Rückendeckung des Ministers, wo trotz schwieriger wirtschaftlicher Situation Optimierungen vorgenommen werden könnten, versprach er. Die Polizei sei das einzige Ressort in Hessen, das in den vergangenen zehn Jahren zugelegt habe (Haushaltsvolumen von 733 Mio auf 1,1 Mia Euro gestiegen). Sicherheit sei wichtig, müsse aber bezahlbar bleiben, warb er um Verständnis, dass nicht alles auf einmal verbessert werden könne. Verbesserungen gingen immer zu Lasten anderer Ressorts und da schaffe man sich keine Freunde. Es sei Kreativität gefragt, um mehr zu erreichen.

Rund 100 Höhergruppierungen nach BAT Vc in Aussicht gestellt

Fast untergegangen wäre die frohe Botschaft, die der Landespolizeipräsident in seiner Rede verpackt hatte. In seinem Hause werde geprüft, wie man Höhergruppierungen der WaPo nach BAT Vc erreichen könne. Es gebe allerdings bei den Tätigkeitsmerkmalen im BAT nur unbestimmte Rechtsbegriffe, die der Auslegung bedürften, dämpfte er zunächst die Erwartungen. „Das Berufsbild „Wachpolizei“ gibt es im BAT nicht“, zeigte er auf, wo das Problem liegt. Vielseitige Fachkenntnisse und gewisse selbstständige Tätigkeiten seien für eine Höhergruppierung erforderlich. Um hier voranzukommen, habe das LPP die Entscheidung über Eingruppierungen zu den Flächenpräsidien verlagert. Dort könne individuell und flexibel gehandelt werden, weil dort pragmatisch und praxisbezogen gedacht werde. Die dort getroffenen Entscheidungen würden vom LPP wohlwollend begleitet.

Die Idee eines Bewährungsaufstiegs habe man fallen lassen müssen. Das sei bei BAT Vlb nicht vorgesehen. Jetzt werde geprüft, wie durch weitere zusätzliche Aufgaben die Tätigkeitsmerkmale „eigenständige Leistung“ erhöht werden könnten, deutete der LPP eine Lösung an.

Tatortarbeit mit Spurensicherung und Spurenauswertung sei eine solche Möglichkeit. Das sehe man bei den nach BAT Vc bezahlten Kriminaltechnischen Angestellten (KTA). Dazu sei eine weitere Fortbildung notwendig. Die Qualität der Tatortarbeit solle verbessert werden, um mehr Täter überführen zu können. Eine solche Qualitätsoffensive eröffne Perspektiven für die WaPo.

Als weitere Tätigkeitsfelder nannte er die Verkehrsüberwachung, die Asservatenverwaltung und die Dokumentenprüfung. Mit einer Qualitätsverbesserung könne auch hier der Umfang der selbstständigen Tätigkeit erhöht werden. Man sei auf einem guten Weg. Auch andere Aufgabenfelder würden geprüft. Die Verwaltungsvorschrift zur WaPo sei geändert worden, liege dem HMDI vor. Es gebe aber noch einen Haushaltsvorbehalt für 2009 und 2010.

Erst hier ließ Norbert Nedela die Katze aus dem Sack.

„Ich hoffe auf Höhergruppierungsmöglichkeiten im hohen zweistelligen Bereich, vielleicht schaffen wir die Dreistelligkeit.“

Man habe mit der GdP besprochen, hier möglichst weit voranzukommen. Die WaPo sei integrierter Bestandteil der Polizei und aus ihr nicht mehr wegzudenken. Da sei er

sich mit dem GdP-Vorsitzenden einig.

Die Tür könnte noch weiter aufgestoßen werden

Jörg Bruchmüller griff den Ball auf, sprach von einem weiteren Meilenstein von rund 25 Prozent Höhergruppierungen für die WaPo. Er dankte dem LPP für die „Initialzündung“, machte aber auch deutlich, „dass die Tür noch weiter aufgestoßen werden könnte angesichts der breiten Palette möglicher Tätigkeiten“. Höhergruppierungen seien ein Zeichen der Wertschätzung für die WaPo und geeignet, mehr Berufszufriedenheit zu erreichen.

Lebhafte Diskussion

In der anschließenden lebhaften Diskussion ging es in erster Linie um eine verbesserte Unfallversorgung. Harald Nau, PR-Mitglied der GdP in Mittelhessen, machte am Beispiel einer Jahrmarktsschlägerei, wo ein Schupo und ein WaPo verletzt worden seien, den Unterschied deutlich. Bei längerer Krankheit entstünde dem WaPo, im Gegensatz zum Schupo, unter Umständen ein Gehaltsverlust von rund 500 Euro monatlich. Stefanie Soucek versuchte es damit zu erklären, dass die WaPo nur einen ganz normalen Angestelltenstatus habe. Das könne auf die Dauer aber nicht gehen, empörte sich Jörg Bruchmüller. Die WaPo sitze nicht am Schreibtisch, sie sei draußen auf der Straße und trage ihre Haut zum Markte.



Fragesteller Frank Wendel. nw

Norbert Nedela versprach, eine analoge Anwendung zu prüfen, verwies aber auch auf Lösungsmöglichkeiten im Rahmen der anstehenden Tarifverhandlungen und auf die

Beratungen zur Dienstrechtsreform. Hessen habe im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bisher immer großzügig entschieden. Es gehe nicht darum, einen Euro zu sparen, versicherte er. Hier würden keine Gegensätze aufgebaut. Es würden Mittel und Wege gesucht, betroffenen Kolleg/innen zu helfen.

Der LPP versprach auch, über diese Veranstaltung hinaus (sie sollte jedes Jahr einmal stattfinden), den Dialog mit der WaPo. Alle dürften ihm ihre Vorstellungen von Veränderungen mailen. Alle bekämen eine angemessene Antwort. Jörg Bruchmüller erklärte dazu, dass Harald Nau bereits ein vierseitiges Papier mit Verbesserungsvorschlägen erarbeitet habe.

Eine Absage aus juristischen Gründen erteilte Nedela einer „Polizeizulage“ für die WaPo. Fast alle Bundesländer hätten mittlerweile in allen Berufszweigen die Zulagen eingedampft.



Mit einem Polizei-Teddy bedankte sich Jörg Bruchmüller bei Stefanie Soucek für ihre fundierten Aussagen. nw

Versetzungsmöglichkeiten durch Vorschaltausschreibungen

„Von Lob alleine kann ich keine Familie ernähren“, meinte ein Redner unter dem Beifall seiner Kolleg/innen und fragte, wieso Kommunen Hipos nach BAT Vc bezahlen könnten und das Land nicht. Die Antwort stellte ihn nicht zufrieden, Jörg Bruchmüller versprach aber, dass man dieses Thema bei den anstehenden Verhandlungen im Auge behalten wolle. Die Wertschätzung des Berufs erfolge auch über Geld.

Gefragt wurde auch nach Lebensaltersstufen und der Anwendung von IZEMA (wird als nachteilig von der WaPo abgelehnt). Mathias Schack, PR-Mitglied der GdP im Offenbacher Personalrat, fragte nach Versetzungsmöglichkeiten bei künftigen Neueinstellungen. Hier sagte der LPP Vorschaltausschreibungen zu, wie bei der Polizei auch. Das müsse aber mit den Personalräten und der Behördenleitung geregelt werden.

Breiten Raum nahm auch die Diskussion „Rente mit 67“ ein. Wenn es bei „Justizvollzugsangestellten“ eine Sonderregelung gebe, könne man das doch auch für die WaPo als „Polizeivollzugsangestellte“ machen. Es könne nicht angehen, dass diese Kolleg/innen noch mit 67 Jahren im Streifenwagen säßen. Das werde sicher nicht der Fall sein, schaltete sich LtPD Hellmut Lohse (LPP I) ein. Da werde man eine Lösung finden, wie bei eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamt/innen auch.

GdP bleibt am Ball

„In der heutigen Zeit eine solche Tür aufzumachen ist nicht selbstverständlich“, bedankte sich Jörg Bruchmüller in seinem Schlusswort noch einmal für die angekündigten Höhergruppierungsmöglichkeiten, auch wenn das in der Diskussion wegen angestautem Frust etwas untergegangen sei. Der WaPo versprach er, dass die GdP für weitere Verbesserungen kämpfen werde. „Die GdP bleibt am Ball“.

Norbert Weinbach

Es gibt Leute, die aus dem Grund in jeder Suppe ein Haar finden, weil sie, wenn sie dort sitzen, so lange den Kopf schütteln, bis eins hineinfällt.



**04. März 2010 – 16. März 2010
13-tägige Reise
11-tägige Kreuzfahrt
mit Celebrity Cruises
auf der
Celebrity Millennium**

Reiseverlauf:

1. Tag Flug mit US Airways von Frankfurt über Philadelphia nach San Juan
2. Tag Puerto Rico und Einschiffung auf die Celebrity Millennium
3. Tag Tortola, Britische Jungferninseln
4. Tag Philipsburg, St. Maarten
5. Tag Castries, St. Lucia
6. Tag Bridgetown, Barbados
7. Tag St. George's, Grenada
8. Tag Seetag
9. Tag Willemstad, Curaçao
10. Tag Oranjestad, Aruba
11. Tag Seetag
12. Tag San Juan, Puerto Rico und Rückflug über Charlotte nach Frankfurt
13. Tag Ankunft Frankfurt

Schiffsinformationen: Baureihe: Millennium Klasse, Passagiere: 1.950, Tonnage: 91.000, Länge: 294 m, Breite: 32 Meter, Tiefgang: 8 m, Geschwindigkeit: 24 Knoten, Stromspannung 110/220V, Inbetriebnahme: Juli 2000

Besondere Highlights an Bord: Aqua Spa, Bibliothek (Bücher, Musik, Kartenspielszimmer) Haupt- und Spezialitätenrestaurants, mehrere Cafes und Bars, Casino, Internet und Videospiele in der Kabine und im Internetcafe.

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug mit US Airways (Star Allianz) ab/bis Frankfurt nach San Juan, Transfers, 1 Übernachtung im Sheraton Old San Juan mit Frühstück, 10 Übernachtungen an Bord in der gebuchten Kategorie, Vollpension bei der Kreuzfahrt

Reisepreis:

Innenkabine: ca. 1.361,- pro Person
Außenkabine: ca. 1.417,- pro Person
Außen mit Balkon: ca. 1.694,- pro Person

Nähere Informationen und Anmeldung bei:
 Norbert Weinbach, Lindenstraße 7, 64653 Lorsch, Tel. 06251-52889, Mobil 0179-2988588, E-Mail: norbert.weinbach@online.de

Erste Bilanz des verjüngten Vorstands

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Odenwald

Die Kreisgruppe Odenwald hat im vergangenen Jahr wieder einige Aktionen gestartet beziehungsweise fortgeführt, wie der im vergangenen Jahr neu gewählte Vorsitzende Thomas Walther bei der Jahreshauptversammlung mitteilte. Bei seinem ersten Rückblick ging er unter anderem auf die wieder gut verlaufene Malbuchaktion ein, die habe auch der Kasse gut getan. Bei den Seminaren zur Weiterbildung hätte sich die GdP eine bessere Beteiligung gewünscht. Die von der Kreisgruppe vor zwei Jahren angestoßene Rückenschule werde immer noch gut angenommen. Der Mitgliederstand bewege sich mit 80 Personen in etwa auf Vorjahresniveau. Etlichen Neueintritten jüngerer Beamt/innen stünden Austritte von älteren bereits pensionierten ehemaligen Polizisten gegenüber. Walther wies besonders auf den Rechtsschutz hin, eine der wichtigsten Leistungen, die von der GdP den Mitgliedern geboten wird.

Tarifabschluss gut – Arbeitszeitreduzierung bleibt Thema

Zufrieden sei die GdP mit dem Ausgang der Personalratswahlen für das PP Südhessen. Die GdP stelle mit Michael Schweickert wieder den Personalratsvorsitzenden und sei in dem Gremium stärkste Fraktion. Eingehend auf die vom Land für die Tarifbeschäftigten beschlossenen Lohnerhöhungen, machte Walther klar, dass dieser neue Tarifvertrag auch für die Beamten gelten werde. Der Tarifabschluss sei zufrieden stellend, was die Höhe der Vergütung



Blick auf den Vorstandstisch. gdpthw

betreffe, dennoch werde die GdP weiter darum kämpfen, dass Hessen wieder in den Tarifverbund der Länder zurückkehre. Die GdP werde sich auch weiter für die Reduzierung der Wochenstundenzahl einsetzen, die derzeit 42 Stunden betrage und, verbunden mit der personellen Ausdünnung, die Polizeibeamt/innen gesundheitlich belaste. Bemerkenswert sei, dass der hessische Innenminister im Parlament eine personelle „kleine Durststrecke“ bei der Polizei einräumen musste, nach Ansicht der GdP eine Folge der drastischen Kürzungen bei den Polizeianwärtern vor einigen Jahren. Walther wies auf die Homepage der Kreisgruppe hin, die unter gdp-odw.de im Internet aufgerufen werden könne. Dort würden immer wieder wichtige Neuerungen und Änderungen eingestellt.

Auf BZG-Ebene gut vertreten

Als Delegierte für die Tagung der GdP auf Bezirks- und Landesebene

wurden Volker Fischer, Bernd Hochstätter und Hartmut Schwöbel berufen. Die Kreisgruppe ist durch den Vorsitzenden Thomas Walter und durch Ralf Levita, als Vertreter der Kriminalpolizei, im BZG-Vorstand vertreten. Der frühere langjährige KG-Vorsitzenden Herbert Herzog ist neuer Seniorenvertreter. Er berichtete von den Odenwälder Aktivitäten im Seniorbereich, wo die Beteiligung besser sein könne. Für die Landeskonferenz der Senioren wurden Herbert Herzog und Gerhard Terk als Delegierte gewählt. Kassenwart Volker Fischer konnte von zufrieden stellenden Finanzen bei der Kreisgruppe berichten und nach dem Bericht der Kassenprüfer wurde der Vorstand einstimmig entlastet. In der folgenden Aussprache ging es vor allem um dienstliche Dinge und Abläufe, wobei dem Vorstand einige Anregungen mit auf den Weg gegeben wurden.

Gerd Waßner

Ein frustrierter Vorsitzender

Jahreshauptversammlung Kreisgruppe Odenwald schwach besucht

Wenn doch bei der Kreisgruppe Odenwald alles so stimmen würde wie die Finanzen! Die Jahreshauptversammlung 2009 zeigte wieder einmal, dass die Mitglieder brav ihre Beiträge bezahlen, sonst aber kein Interesse an der Gewerkschaftsarbeit haben. Von rund 80 Mitgliedern, Tendenz sinkend, nahmen insgesamt 16 Personen an der Veranstaltung im April teil. Das ist

erschreckend, wenn man davon den noch fast vollzählig anwesenden Vorstand abzieht.

Ja, es soll bei anderen Kreisgruppen nicht besser aussehen. Das kann aber nicht unser Anspruch sein. Die Kollegen maulen über zu wenig Geld, zu viele Stunden, schlechte Arbeitsbedingungen, unfähige Führung, stellen sich aber den Problemen nicht wirklich.

Maulen muss reichen!!! Und natürlich Beitrag zahlen – den Rest soll gefälligst der Vorstand machen. Macht er auch – wer denn sonst.

Bei guter Kassenlage können wir den Mitgliedern regelmäßig etwas zukommen lassen. Verschiedene Aktionen werden demnächst bei einer Vorstandssitzung besprochen. Mal sehen, wer die Angebote (Rü-

ckenschulkurs, Gesundheitstag etc. sind angedacht) annimmt.

Ein Augenmerk muss auch auf die Pensionäre gelegt werden. Diese verlassen oft nach der Pension die GdP, um einige Euro zu sparen. Das ist definitiv zu kurz gesprungen und zeigt den heutigen Egoismus auf. Zuerst komme ich, dann kommt nix mehr. Wo, bitte, bleibt der Solidargedanke? Alleine kämpfen bringt doch nichts, wie die Vergangenheit zeigt. Der jetzige Tarifab-



Schwach besuchte Mitgliederversammlung im Odenwald. gdpthw

schluss, der auch den Pensionären zugute kam, wurde nur durch eine

starke GdP ermöglicht. Das sollte nicht vergessen werden.

Thomas Walther, KG Odenwald

Die alte Lokomotive

oder: Der Schichtdienst auf dem Abstellgleis

Groß und stark stand sie da, Respekt einflößend. Die alte Dampflok. Der Kessel stand unter Dampf. Die Waggons waren angekoppelt. Passagierwagen und Güterwagen. Lokführer und Heizer an Bord. Die Fahrt konnte losgehen.

Es war eine schöne Fahrt durch Täler und über Hügel. Die starke Lok zog mühelos voran. Der Heizer legte einige Schippen Kohle nach, der Lokführer ließ die Pfeife tröten und es ging unaufhaltsam dem nächsten Ziel entgegen.

Als der Chef das sah, kam ihm eine großartige Idee. Wir hängen noch einen Waggon dran und können so viel mehr leisten. Gesagt, getan. Im nächsten Bahnhof wurde ein Waggon angekoppelt.

Der Heizer schippte etwas mehr Kohlen und die Fahrt ging weiter und weiter. Als der Bahnchef das Ergebnis sah, freute er sich. Hatte er doch eine geniale Idee umgesetzt. Was wäre, wenn wir noch einen Waggon mehr dranhängen? Wir machen das einfach. Die starke Lok wird das schon schaffen.

Ein neuer Waggon mit vielen weiteren Passagieren wurde angekoppelt. Der Lokführer mahnte ein wenig, aber der Chef winkte nur müde ab. Das schafft ihr doch. Der Heizer musste sich nun schon gewaltig ins Zeug legen, damit genug Dampf auf dem Kessel war. Die Lok zog den schweren Zug, aber an den Steigungen ächzte sie nun schon gewaltig.

Beim nächsten Halt mahnte der Lokführer eine Pause, eine Wartung

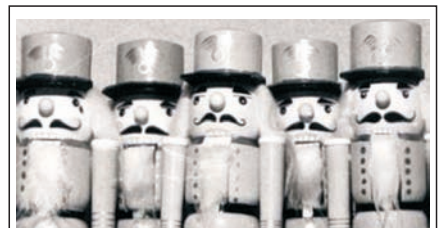
an. Nichts da, sagte der Chef. Wir hängen einen weiteren Waggon an. Und damit das alles gut läuft, bekommt ihr noch einen Heizer. Die zwei Heizer schufteten und machten ordentlich Druck im Kessel. An Steigungen mussten sie schon mal an die Grenzen gehen. Das gefiel dem Lokführer nicht, er beschwerte sich und wurde am nächsten Bahnhof abgelöst.

Ein neuer, junger Lokführer kam - noch ein Heizer, und ein weiterer Passagierwaggon wurde angekoppelt. Mühevoll zog die alte Lok den Zug aus dem Bahnhof. Die Heizer arbeiteten ununterbrochen, angetrieben vom ehrgeizigen Lokführer. An der nächsten Steigung wurde der Zug immer langsamer und der Lokführer trieb die Heizer an. Der Kessel hatte schon jetzt Überdruck, aber sie schippten weiter Kohle.

Kurz vor der Kuppe gab es plötzlich eine große Explosion. Als sich Rauch und Dampf verzogen hatten, konnte man das Elend sehen. Die alte Lok war in tausend Teile zerrissen. Lokführer und Heizer waren tot.

Als der Zug nicht rechtzeitig im Bahnhof eintraf, befragte der Bahnchef seinen Fahrdienstleiter. Der hatte auch keine Ahnung, was der Grund für die Verspätung sein könnte. Irritiert schüttelte der Chef den Kopf. Die haben doch genug Kohle dabei, vielleicht brauchen sie lediglich noch einen Heizer.

Ähnlichkeiten mit dem realen Leben im Schichtdienst sind vom Schreiber beabsichtigt. thw



Rätsel

Ein Konfetti-Handstanzer, letzter Vertreter eines aussterbenden Handwerks, erhielt Besuch. "Eine mühsame Arbeit", meinte der Gast. "Halb so schlimm", entgegnete der Alte, "ich habe da so meine Tricks. Ich falte das Papier dreimal und erhalte so bei jedem Stanzen drei Konfetti". "Aber nein", widersprach der Besucher, "wenn Sie das Papier dreimal falten, gibt es bei jedem Stanzvorgang sogar sechs Konfetti"! Wer von den beiden hatte Recht?

Lösung

Weder der Konfetti-Stanzer noch sein Besucher hatten Recht. Wenn man ein Blatt Papier einmal faltet, so erhält man zwei Lagen. Bei erneutem Falten werden es $2 \text{ mal } 2 = 4$ Lagen, und wenn man das Papier zum dritten Mal faltet, erhöht sich die Zahl der Lagen auf $2 \text{ mal } 4 = 8$. Eigentlich ganz einfach. Bei jeder Faltung verdoppelt sich die Zahl der Lagen.

Herbert Rothermel

„Charly Braun“ setzt nun andere Schwerpunkte

Karl-Heinrich Braun nach 42 Jahren Dienst in den Ruhestand verabschiedet



Letzte Amtshandlung. PP Gosbert Dölger überreicht Charly Braun die Ruhestandsurkunde. gdpms

Bis zu seiner Ruhestandsversetzung war Kriminalhauptkommissar Karl-Heinrich Braun im ZK 10 im Polizeipräsidium eingesetzt. Nach seiner langjährigen Tätigkeit im Bereich der Sprengstoffdelikte und des Rechtsextremismus galt er dort als anerkannter Fachmann, der insbesondere seine Klientel wie kein anderer kannte. Im Kollegenkreis und weit über die Grenzen Südhessens hinaus war er unter dem Spitznamen „Charly Braun“ bekannt.

Einen Tag vor seinem 60. Geburtstag erhielt er nun aus den Händen von Polizeipräsident Gosbert Dölger seine Ruhestandsurkunde.

In einer kleinen und geselligen Runde wurde nochmals so manche Geschichte aus einem langen Berufsleben zum Besten gegeben.

Die Sorge, dass es dem angehenden Pensionär nun langweilig werden könnte, scheint allerdings mehr als unbegründet. Vielleicht hat dazu auch beigetragen, dass er zusammen mit seiner Ehefrau das mehrtägige GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ besucht hat. Dieses Seminar wird ihm in sehr guter Erinnerung bleiben, hat es ihm doch insbesondere bei den formalen Veränderungen im Zusammenhang mit Beihilfe oder Versorgung

hilfreiche Tipps mit auf den Weg gegeben.

Was die künftige Freizeitgestaltung angeht, so muss man eher Sorge haben, dass es zu einem „Unruhestand“ mit voll gepacktem Terminkalender kommen wird. Eine Vielzahl von Hobbys wie Motorrad- oder Fahrradfahren, Modelleisenbahn, Kochkurse aber auch das Wandern, werden schon für Kurzweil sorgen. Hinzu kommen die zahlreichen Theaterauftritte im Staatstheater Darmstadt in dem Stück „Datterich“.

Der humorvolle Jungpensionär erfreut sich bester Gesundheit und blickt auf eine schöne Zeit bei der hessischen Polizei zurück. Das Pensionärsdasein werde er vor allem dafür nutzen, um den Hobbys ein wenig stärker nachzukommen, die während der aktiven Dienstzeit zu kurz gekommen sind.

Personalratsvorsitzender Michael Schweikert würdigte die Leistungen und Verdienste von Charly Braun in seiner 42-jährigen Dienstzeit und wünschte dem Jungpensionär vor allem Glück und Gesundheit. Stellvertretend für den erkrankten Vorsitzenden der GdP Kreisgruppe Darmstadt, Reinhard Wittke, bedankte er sich für die fast 42-jährige Mitgliedschaft in der GdP. Schon jetzt steht für Charly fest, dass er selbstverständlich auch über den aktiven Dienst hinaus der GdP die Treue halten wird. gdpms

Von der Post zur Polizei

Siggi Schmidt in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet

Nach 46 Arbeitsjahren im öffentlichen Dienst wurde Siegfried Schmidt im Mai in einer kleinen Feierstunde beim Polizeiposten Darmstadt-Eberstadt in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Ursprünglich stammt der angehende Pensionär aus Nordhessen. Vor der polizeilichen Laufbahn war er bereits acht Jahre bei der Deutschen Post beschäftigt. Im Anschluss an seine Fachprüfung hat er sich zu-



Klaus Strack, rechts, bedankte sich bei Siggi Schmidt für die jahrzehntelange Mitgliedschaft in der GdP mit einem Polizeiteddy. ms

sammen mit seiner Ehefrau in Südhessen niedergelassen. Schon unmittelbar nach dem HAL kam er nach Griesheim und versah dort unter anderem auch als Dienstgruppenleiter seinen Dienst, ehe er vor dreieinhalb Jahren zum Polizeiposten Darmstadt-Eberstadt wechselte.

Die Urkunde zur Ruhestandsversetzung wurde von Klaus Pauls, Leiter der Pst. Pfungstadt und verantwortlich für den PolPo Eberstadt,

ausgehändigt. In der Laudatio wurde Sigg Schmid als hochmotivierter, engagierter und angenehmer Mitarbeiter beschrieben, der insbesondere bei Fußstreifen und in einer Vielzahl von Bürgergesprächen den Kontakt mit den Bürger/innen gepflegt hat. Neben Anerkennung und Respekt in der Bürgerschaft war er auch im Kollegenkreis als angenehmer Kollege geschätzt.

Gleiches verkündete auch sein langjähriger Chef bei der Pst. Griesheim, Harold Bruchwalski. Er stellte fest, dass nach 32 Dienstjahren in Griesheim mit dem Wechsel nach Eberstadt sinnbildlich der Wechsel „von der Zwiebel zur Watz“ erfolgte. Er hatte zudem noch vom Griesheimer Bürgermeister einen ganz persönlichen Brief an den angehenden Pensionär übergeben, in dem sich dieser für die engagierte Zusammenarbeit ausdrücklich bedankte.



Ein ganz besonderes Radler-T-Shirt für den begeisterten Sportler Sigg Schmid. ms

Personalratsvorsitzender Michael Schweikert wie auch die Weggefährten aus Griesheim und Eberstadt bedankten sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und wünsch-

ten Sigg Schmid für den neuen Lebensabschnitt viel Glück und vor allem Gesundheit. Für die GdP Darmstadt bedankte sich Klaus Strack bei seinem einstigen Griesheimer Weggefährten für über 36 Jahre Mitgliedschaft in der GdP. Neben einem Erinnerungsalbum schenkten ihm seine Mitstreiter auch ein ganz persönliches Trikot für den begeisterten Fahrradfahrer.

Der angehende Jubilar bedankte sich bei seinen Kollegen und blickte auf ein insgesamt sehr gutes Polizeileben zurück – mit dem Hinweis, dass er alles wieder so machen würde, wie er es gemacht hat.

Neben einem Schrebergarten und seinen sportlichen Ambitionen ist er nebenbei auch Opa von Zwillingmädchen, so dass in dem neuen Lebensabschnitt eher ein Unruhestand zu erwarten ist. MS

Vom Maschinenschlosser zum Hauptkommissar

Fritz Butscher nach 46 Berufsjahren in den Ruhestand verabschiedet

Im Kreise seiner Kolleg/innen von der Polizeistation Heppenheim verabschiedete sich Polizeihauptkommissar Friedrich Butscher nach 46 Arbeitsjahren in den wohlverdienten Ruhestand.

Nach der Schule hat der „Fritz“ zunächst erfolgreich eine Ausbildung zum Maschinenschlosser absolviert und dann noch vier Jahre als Geselle gearbeitet. Im weiteren Berufsleben führte ihn sein Weg über den Bundesgrenzschutz im Jahr 1972 zur hessischen Polizei. Nach einigen Jahren Streifendienst in Heppenheim absolvierte er erfolgreich die Fachoberschule und das Studium an der FHS in Wiesbaden. Es gab einen kurzen Abstecher zur Pst. Lampertheim und dann kam der aus Fürth stammende Polizeikommissar als DGL wieder zu seiner heimatnahen Pst. Heppenheim zurück. Im Jahr 1992 wurde er dann mit der Leitung der Ermittlungsgruppe und der Abwesenheitsvertretung der Stationsleitung Heppenheim beauftragt.

Nebenbei hat sich Fritz Butscher ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagiert.



Mit einem Polizeiteddy und einem Weinpräsent bedankte sich Michael Schweikert, links, bei dem Jungpensionär Fritz Butscher für die jahrzehntelange Mitgliedschaft in der GdP. gdpms

Auf Wunsch des angehenden Pensionärs handigte ihm die Leiterin der Pst. Heppenheim, Gabi Rettig, die Urkunde zur Ruhestandsversetzung aus. Zusammen mit den Weggefährten und Mitstreitern gab es anschließend noch ein gemütliches Beisammensein im Kreise der Kolleg/innen wobei noch zahlreiche Geschichten aus einem langen Berufsleben nachbereitet wurden.

Schon seit seinem Eintritt in den Bundesgrenzschutz ist der Fritz in der Gewerkschaft der Polizei organisiert. Dafür bedankte sich ganz herzlich Michael Schweikert (Perso-

nalratsvorsitzender und stellvertretender Bezirksgruppenvorsitzender der GdP) mit anerkennenden Worten und einem kleinen Präsent. Vor allem die beeindruckende Lebensarbeitszeit von 46 Jahren sollte jegliche Spekulationen über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeibeamte erübrigen. Egal welche Gedankenspiele derzeit die verantwortlichen Politiker umtreiben, nach Ansicht des GdP-Funktionärs muss zumindest nach 40 Dienstjahren eine Ruhestandsversetzung mit 60 Jahren weiterhin ohne Versorgungsabschläge möglich sein.

Einhellig wünschten die Weggefährten dem Fritz für den neuen Lebensabschnitt alles Gute. Ganz besonders waren es Wünsche in Richtung Gesundheit, zumal der Fritz in der jüngsten Vergangenheit schon ein wenig angeschlagen war. Es bleibt zu hoffen, dass der Ruhestand viele Freiräume bringt, die dann auch sinnvoll genutzt werden. In dem GdP Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“, das Fritz Butscher zusammen mit seiner Frau besucht hatte, gab es sicherlich eine Vielzahl von Anregungen.

gdpms

Freunde und Helfer in froher Runde

Polizeipensionäre – Sommerfest im Heppenheimer Vogelpark – Mit fast 140 Gästen ein neuer Besucherrekord

Wilfried Seibel strahlte mit der von einem blauen Himmel grüßenden Sonne um die Wette, als er im Juli in seiner Eigenschaft als Präsident der Bergsträßer Polizeipensionäre viele Ex-Kolleg/innen aus dem Kreisgebiet zum Grillfest im Heppenheimer Vogelpark willkommen heißen konnte. Die Veranstaltung kann inzwischen auf eine kleine Tradition zurückblicken und wurde noch nie zuvor so gut angenommen wie in diesem Jahr. Exakt 138 Personen hatten Seibels Einladung Folge geleistet – Rekord!

Zum hervorragenden Besuch trugen auch viele Freunde und Bekannte der ehemaligen Ordnungshüter bei, über deren Anwesenheit sich Seibel besonders freute. „Wir waren und wir sind ja keine Berufsgruppe, die isoliert von anderen wirkt, sondern mitten in der Gesellschaft für die Gesellschaft tätig ist“, machte der Präsident deutlich, dass sich Polizisten von ihrem Selbstverständnis her in erster Linie als „Freunde und Helfer“ verstehen.

In froher Runde kamen sich die pensionierten Beamten und ihre Gäste schnell näher. Für die gute Stimmung waren dabei nebst Petrus auch die auf der Speisekarte offerierten Delikatessen verantwortlich. Nicht umsonst hatte Seibel ein „Grillfest der besonderen Art“ angekündigt. Die Gäste konnten auswählen zwischen Schweine- oder Hähnchenbrustfilet, standen aber auch geduldig nach Zanderfilet an. Gereicht dazu wurden Salate der Saison.

Zubereitet wurden die Spezialitäten von den Polizeipensionären selbst. Während im Grillstand der als Hobbykoch schon einem größeren Kreis bekannte Wilfried Seibel die Regie führte, war Norbert Ferdinand an der Fischpfanne zugange. Angetan von den Kochkünsten der beiden pensionierten Schutzleute zeigte sich eine ganze Reihe prominenter Gäste. Verbundenheit mit den alten Kollegen bekundete neben anderen der Vizepräsident des



Chefkoch und Präsident der Pensionärsvereinigung, Wilfried Seibel, probierte immer wieder, ob das Fleisch schon gar ist. ms



Polizeipräsidiums Südhessen, Uwe Brunnengräber. Aus der Darmstädter Zentrale gekommen waren außerdem Leitender Polizeidirektor Harald Schneider, Personalratsvorsitzender Michael Schweikert sowie die stellvertretende Frauenbeauftragte und Personalberaterin Ursula Hess.

Nicht nur nebenbei: Die Zeiten, in denen polizeiliche Führungsaufgaben ausschließlich Männern vorbehalten blieben, sind schon länger passe. Augenscheinliche Bestätigung fand dies beim Grillfest in der Anwesenheit von Kriminaldirektorin Cornelia Ludwig, Leiterin der Heppenheimer Polizeidirektion und deren Kollegin Gabriele Rettig, ihres Zeichens Erste Polizeihauptkommissarin und Leiterin der im gleichen Haus tätigen Schutzpolizei. Zugegen war außerdem der komplette Vorstand der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Bergstraße. Heppenheims Kommunalpolitik wurde durch die Stadträte Hermann Friedrich (CDU) und Franz Beiwinkel (Grüne Liste) repräsentiert.

Am Schluss des Grillfestes wurde dem Küchenteam Lob von allen Seiten zuteil. Das schönste Kompliment: „Wir werden wieder kommen“. Wilfried Seibel freute sich darüber auch deshalb, weil es ihm und seinen Mistreitern offenbar gelungen war, eine gute Tradition fortzusetzen. Am Rande der Veranstaltung erinnerte er an die Ursprünge der bereits 1975 aus der Taufe gehobenen Pensionärs-Vereinigung.

Der ehemalige Lampertheimer Stationsleiter Johnny Zahrt hatte damals die Losung ausgegeben: „Zur äußeren Uniformierung darf nicht noch die innere Uniformierung kommen.“ Auf Zahrt folgte Hans Schäfer und auf Hans Schäfer vor neun Jahren Wilfried Seibel. Sein Credo: „Es ist unser Bestreben, dass sich ehemalige Kollegen nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst nicht aus den Augen verlieren.“ Mission erfüllt. Fritz Kuhn

„Wir haben Stimmgewalt, wenn wir uns einig sind“

Arbeitsbericht des Landeseniorenvorstands der GdP-Hessen, 2005-2009

„Wir haben Stimmgewalt, wenn wir uns einig sind“, so hatte der neu gewählte Landesseniorenvorsitzende Norbert Weinbach bei der Landesdelegiertenkonferenz der Senioren im Jahr 2005 auf der HPS seinen Kolleg/innen Mut gemacht. Er hat sie aufgefordert, sowohl innerhalb der GdP als auch in Politik und Gesellschaft aktiv mitzuarbeiten, ihre Meinung kund zu tun und sich nicht als „altes Eisen“ abstem-peln lassen.

An dieser Thematik hat sich bis heute nichts geändert. Innerhalb der GdP haben die Personengruppen (Frauengruppe, Junge Gruppe, Seniorengruppe) etwas enger zusammen gearbeitet. Sie veranstalten auch am gleichen Tag in Weilburg ihre Delegiertenkonferenzen unter dem einen Motto: „Gemeinsam Verantwortung übernehmen“.

Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Angetreten ist der neue Vorstand, die Seniorenarbeit auf der Landes-, Bezirks- und Kreisgruppenebene zu aktivieren. Vorgabe war das Aktivprogramm Senioren (APS), das jetzt im Jahr 2009 neu überarbeitet und internetgestützt allen GdP-Mitgliedern angeboten wird.

Es ist dem Vorstand geglückt, zahlreiche Aktivitäten zu entwickeln. Ganz zufrieden sein können wir aber noch nicht.



Es ging nicht immer Ernst zu bei den Vorstandssitzungen der Senioren. Bei einer Sitzung im Raum Hünfeld sorgte Hermann Müller zum Mittagessen für frisch geräucherte Forellen. nw

Die Hessen-GdP hat rund 11.000 Mitglieder. Davon gehören etwa 2300 zu den Senioren (Pensio-rär/innen; Rentner/innen), also mehr als 20 Prozent. In der kommenden Zeit gehen rund 420 Polizeibeschäftigte pro Jahr in den Ruhestand, davon zahlreiche GdP-Mitglieder. Es ist unser Ziel, alle in der GdP zu halten.

Die Zusammenarbeit der Personengruppen untereinander und mit dem Landesvorstand ist recht gut. Finanzielle Probleme gab es keine. Die Senioren waren aber auch immer bereit, die GdP-Arbeit im Bereich der Aktiven zu unterstützen.

Auch heute gilt für Senior/innen noch, was vor vier Jahren gegolten hat: Wenn wir nicht zum alten Eisen gehören wollen, müssen wir uns organisieren, müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen.



Die hessischen Teilnehmer bei der Bundesseniorenkonferenz in Dresden. nw

Der Landesseniorenvorstand

Bei der Landesdelegiertenkonferenz im November 2005 wurde folgender Vorstand gewählt: (Foto 2, Vorstand mit geräucherten Forellen)

Vorsitzender: Norbert Weinbach (SH), gleichberechtigte Stellvertreter: Hermann Müller (OH), Gerhard Lehmann (HBP), Schriftführer: Rolf Degenhard (SOH), Vertreter: Karl-Wilhelm Rückershäuser (MH), Kassierer: Kurt Grede (NH), Vertreter: Heinz Becker (PZBH), seit 2007 ist es Günter Schuster, Beisitzer: Eduard Gottschalk (Ffm), Vertreter Westhessen. Er wurde nachnominiert. Ab 2006 bis 2008 war es Jörg Stein. Seit 2008 ist es Wilfried Honecker.

Bei der Delegiertenkonferenz 2009 tritt Eduard Gottschalk nicht mehr an. Für ihn hat die BZG Frankfurt Hans Werkmeister gewählt. Auch Karl-Wilhelm Rückershäuser tritt nicht mehr an. Die BZG Mittelhessen hat Reinhard Claas nominiert. Alle anderen seitherigen Vorstandsmitglieder sind von ihrer BZG wieder als Seniorenvertreter gewählt worden und kandidieren auch wieder bei der Konferenz für die entsprechenden Vorstandsposten. Damit und durch eine gewisse Verjüngung des Gremiums ist eine weitgehende Kontinuität in der Seniorenarbeit gewährleistet.

Die Termine zur Zusammenarbeit mit dem GdP-Landesvorstand, dem DGB und den süddeutschen

GdP-Seniorenvorständen wurden von dem Vorsitzenden und seinen Vertretern wahrgenommen. Der Antrag der Seniorenkonferenz, den Vorsitzenden zum stimmberechtigten Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der GdP zu machen, wurde vom Landesdelegiertentag abgelehnt.

(er war Musterbeispiel für die GdP) vorgehabt hatte.

Es wurden viele Unterlagen zusammengetragen, gesichtet und bewertet. Es wurden entsprechende Einrichtungen besichtigt und der Unterschied zwischen „Betreutes Wohnen“ und „Altersheim“ deutlich

Ein weiterer Schwerpunkt war auch die Weiterentwicklung der Bildungsarbeit für Senioren (APS), die jetzt mit einem neuen Programmangebot abgeschlossen wurde.

Aktivitäten in Hessen

Die Bildungsarbeit der GdP-Senioren wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein „Polizeisozialhilfe Hessen (PSHH) durchgeführt. Koordinatoren seitens des PSHH waren Oswin Karolus und Bernhard Langer, seitens des LSV war es Gerhard Lehmann. Gemeinsam wurden zwei Broschüren herausgebracht zu den Themen „Gesundheitsreform“ und „Pflegeversicherung“.

Seminare/Arbeitstagen

Es wurde ein Zwei-Tage-Seminar in Tann/Rhön durchgeführt, mit Partner/innen.

Es gab 2007 eine Arbeitstagung (zwei Tage) für gewählte Seniorenvertreter der Kreisgruppen, für die Bereiche Mittel-, Ost- und Nordhessen in Zella, für den südlicheren Bereich in Trebur. Ziel war es, die gewählten Seniorenvertreter/innen zu informieren und sie für ihre Arbeit vor Ort zu sensibilisieren. (Foto 5: Seminarteilnehmer in Tann, von links nach rechts fotografiert)

In Tann wurde 2008 ein Zwei-Tage-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ durchgeführt (mit Partner/innen). Dieses Thema wird Schwerpunkt künftiger Seniorenarbeit sein. Bei den beiden sehr gut besuchten Seminaren in Tann wurde von den Teilnehmer/innen eine Eigenbeteiligung von 20 Euro



Beim süddeutschen Treffen der GdP-Senioren, hier in Bayern, blicken wir über den Tellerrand und lernen von anderen Landesbezirken. nw

Bundesseniorenvorstand

Acht Delegierte vertraten die hessischen Interessen bei der Bundesseniorenkonferenz 2006 in Dresden. Norbert Weinbach konnte sich dort als Kandidat für das Amt des Schriftführers im Bundesseniorenvorstand nicht durchsetzen. Er ist aber kraft Amtes Mitglied im Bundesseniorenvorstand. Zum Vorsitzenden des Bundesseniorenvorstands wurde Artur Jung (Saarland) gewählt, zu seinem Vertreter Wolfgang Jung (Sachsen-Anhalt), zum Schriftführer Rainer Blatt (Rheinland-Pfalz). Die Arbeit im Bundesseniorenvorstand hat auch Auswirkungen auf die Arbeit in den Ländern.

Eine wichtige Aufgabe des BSV in den vergangenen Jahren war die Umsetzung des Kongress-Antrags zum Thema „Betreutes Wohnen“. „Wir wollen nicht in anonyme Altersheime abgeschoben werden“, hatte Norbert Weinbach in seiner Rede bei der Landesseniorenkonferenz gefordert. Er wurde Vorsitzender der Arbeitsgruppe, die den Antrag „Betreutes Wohnen“ umsetzte. Es war eine Menge Arbeit und heraus kam, dass die GdP keine eigenen Unternehmen betreiben kann, so wie das verschiedene Stiftungen machen und wie es der Bundeswehrverband

herausgearbeitet. Die Aktivitäten wurden in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ und verschiedenen Reports dokumentiert.

Die GdP will einen Kriterienkatalog erstellen, anhand dessen die Untergliederungen feststellen können, ob eine Einrichtung den Anforderungen des Begriffs „Betreutes Wohnen“ entspricht.

Der BSV hat als beratendes Organ des geschäftsführenden Bundesvorstands Stellung genommen zu zahlreichen Gesetzesvorhaben. Außerdem hat er die mittlerweile sehr beliebten „Seniorenfahrten“ unterstützt (z.B. Bulgarien, Tunesien).



Mit dem Polizeisozialwerk Hessen wurde ein Vertrag ausgehandelt über eine finanzielle und ideelle Unterstützung der Bildungsarbeit der Senioren. Unser Bild zeigt eine Zusammenkunft mit dem PSHH-Vertreter Bernhard Langer, rechts, und den LSV-Mitgliedern Norbert Weinbach und Gerhard Lehmann, links daneben. gl

erhoben, um die Kosten für die GdP bei den hohen Teilnehmerzahlen nicht ins Unermessliche steigen zu lassen. Das wurde von den Teilnehmer/innen auch akzeptiert, da solche Seminare natürlich auch einen gewissen Freizeitwert haben. (Foto 6: Seminarteilnehmer Vorbereitung a.d. Ruhestand, von rechts nach links fotografiert)



Die Durchführung von Seminaren zur Vorbereitung auf den Ruhestand (hier die Teilnehmer/innen in Tann) gehört zu den Aufgaben des Seniorenvorstands. nw

Fahrten/Exkursionen

Nachdem mangels Masse eine von Rolf Degenhard erstmals hessenweit organisierte Exkursion zum Weltnaturerbe „Grube Messel“ abgesagt werden musste, fand sich 2008 doch eine stattliche Teilnehmerzahl ein.

Mangels ausreichendem Interesse musste auch eine von Norbert Weinbach organisierte Berlin-Fahrt abgesagt werden.

Sehr gut abgekommen ist die von Hermann Müller 2009 organisierte Fahrt ins Saarland.

Weitere Aktivitäten

Mitglieder des LSV haben teilgenommen am „Süddeutschen Treffen“ der Senioren in Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen.

Der LSV hat darüber hinaus die Senioren aufgerufen zur Teilnahme an Demos in unter anderem in Wiesbaden, Kassel, Frankfurt, Hannover und an der „Postkartenaktion“ vor der Landtagswahl 2008. (Foto 10: Demo in Wiesbaden) Die Senioren haben mitgeholfen bei der Betreuungsaktion zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Frankfurt.

Die Zusammenarbeit mit dem DGB-Seniorenausschuss Hessen wurde wahrgenommen. Das Problem ist, dass Senioren im DGB „5.

Rad am Wagen“ sind, da die Seniorenarbeit von einigen Einzelgewerkschaften nicht als wichtig angesehen wird. Sie haben im Bundesvorstand kein Stimmrecht. Das soll beim nächsten DGB-Kongress auch den Frauen und der Jugend genommen werden.



Rolf Degenhard greift Kurt Grede mit einem Stock an. Information der Senioren im DiF-Zentrum Südhessen. nw

Der Seniorenvorsitzende nahm an Seniorenveranstaltungen in Mittelhessen und Frankfurt teil, bearbeitete Beschwerden einzelner Mitglieder, nahm am DGB-Seniorensseminar „Sozialpolitik im Wandel“ teil und veröffentlichte zahlreiche Artikel über die Seniorenarbeit in Land und Bund in den Zeitschriften „Deutsche Polizei“ und „Polizei-Report“.



An die Saar, hier am Weltkulturerbe Völklinger Hütte, führte die Seniorenreise. gl

Der LSV hat eine Sitzung durchgeführt im DiF-Zentrum Südhessen in der „Hessenaue“ und sich dabei insbesondere über die „Amok-Ausbildung“ informiert.

Abgeblasen werden musste ein von der Bundes-GdP angestoßenes Pilotprojekt „Mentoring in der GdP“, da sich keine jungen Interessent/innen fanden.

Künftige Arbeitsschwerpunkte

Ein Arbeitsschwerpunkt für die kommenden Jahre dürfte die Föderalismusreform sein. Seit 2007 unterliegen Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht in den Händen der Länder. Kleinkariertes Mächtsreben der Landesfürsten hat die Bestrebungen des Jahres 1971 zur Vereinheitlichung des Bundesbeamtenrechts zunichte gemacht. Das kostet nicht nur unnötig Geld,

weil jedes Land seine eigenen Gesetze erlässt. Angesichts einer immer weiter voranschreitenden einheitlichen EU-Gesetzgebung ist es kontraproduktiv. Die Föderalismusreform wird auch Auswirkungen haben auf die GdP-Arbeit.

Schwerpunkt in der Bildungsarbeit sind Themen wie Vorbereitung auf den Ruhestand, Vorsorge, Beihilfe, Pflegeversicherung. Es werden weiterhin entsprechende Seminare angeboten. Wir müssen versuchen, die Bildungsarbeit in den Bezirksgruppen zu verbessern. Das PSHH hat seine Unterstützung angeboten für regionale Bildungsveranstaltungen. Der neu gewählte Landes-



Auf große Resonanz stieß das Seniorenseminar in Tann in der Rhön. nw

niorenvorstand muss sich auch vorbereiten auf die Bundessenioren-

konferenz im April 2010 in Potsdam.

nw/lsv

Die Rente muss zum Leben reichen

Aktionstag der DGB-Senior/innen am 17. September 2009

Alle DGB-Gewerkschaften rufen für den 17. September 2009 alle Senior/innen zu einem Aktionstag nach Frankfurt. Wir wollen öffentlich machen, dass unsere Politiker zwar ihre eigene Rente immer im Auge haben und sich Gelder zuschustern, die sie nicht verdient und nicht verdient haben, gemessen an dem, was Rentner/innen bekommen, die 40 und mehr Jahre gearbeitet haben. In Zeiten unsicherer Jobs, wo Lohndumping keine Seltenheit ist, wird es immer schwerer, ausreichend Versicherungsjahre zu bekommen. Bis zum 67 Lebensjahr arbeiten, das werden viele Menschen nicht können. Ergebnis ist, dass die Rente bis zu 25 Prozent gekürzt wird. Dann bleibt erst recht

zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel. Deshalb sind auch die Gewerkschaftssenioren/innen der GdP aufgerufen, sich an dem Aktionstag zu beteiligen.

Folgendes Programm ist vorgesehen:

11.00 Uhr: An der Hauptwache/Zeil in Frankfurt/Main werden Infostände aufgebaut, es gibt Musik, Aktionen und Gespräche

12.00 Uhr: Statements zum Thema von Willi Malkomes, DGB-Senioren, Olaf Gruß, DGB-Jugend Frankfurt, Werner Schneider Quindeau, Pfarrer, St. Katharinen

14.00 Uhr: Kundgebung an der Hauptwache/Zeil

- | Harald Fiedler, DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main
- | Sepp Sigulla, DGB-Senioren Hessen
- | Dr. Jürgen Richter, Arbeiterwohlfahrt Frankfurt
- | Jean-Francois Ammelot, Katholische Arbeiter Bewegung (KAB)
- | Ute Kampfschulte, Sozialverband VdK-Frankfurt
- | Dr. Gunter Volz, Pfarrstelle für ges. Dekanate Frankfurt Süd und Mitte Ost

Norbert Weinbach

Verkürzung der Lebensarbeitszeit?

Erlass des HMdl zur 42-Stunden-Woche wirft viele Fragen auf

Viel Schönrederei wird seitens der CDU-Politiker gemacht um den „Ausgleich“ für die 42 Stunden Wochenarbeitszeit für Beamt/innen. Im vergangenen Jahr hatte Innenminister Bouffier versucht in einem Mitarbeiterbrief den Betroffenen die Erhöhung der Arbeitszeit (sie ist besonders schwerwiegend für Schichtdienstbeamt/innen, die 16 Mal mehr zum Dienst kommen müssen pro Jahr) schmackhaft zu machen.

42-Stunden-Woche ist ein Diktat, kein Tarifvertrag

„Bei der Arbeitszeit haben wir (Bouffier und Hessischer Beamtenbund) einen dauerhaften Kompromiss gefunden: Zwar wird es grundsätzlich bei bis zu 42 Stunden pro Woche bleiben, wir geben ihnen allerdings die Möglichkeit, wöchentlich jeweils eine Arbeitsstunde davon auf ein so genanntes Lebensarbeitszeitkonto anzusparen. Diese Gutschrift können sie nutzen für einen früheren versorgungsunschädlichen Eintritt in den Ruhestand oder auch für einen län-

geren Urlaub. Diese Regelung gilt rückwirkend ab dem 1.1.2007“

Haushaltskonsolidierung

Als Entschädigung hat es mehr Geld gegeben, so der Minister: „Zusammen mit unseren Partnern vom Beamtenbund (im Gegenzug dazu ist die GdP eine Vereinigung der Arbeitnehmer/innen, sozusagen ein Gegner des Arbeitgebers und kein Partner), haben wir ein spezifisches Modell entwickelt, das den Beamten nach übereinstimmender Berech-

nung in dem Zeitraum vom 1. November 2007 bis zum Dezember 2008 insgesamt durchschnittlich 3,1 % einbringen wird. Das ist übrigens deutlich mehr als in anderen Bundesländern vereinbart wurde“ (was so nicht stimmt). Wichtig war aber eine andere Aussage Bouffiers in diesem Brief: „Die Beamtinnen und Beamten leisten mit einer Wochenarbeitszeit von bis zu 42 Stunden weiterhin einen wichtigen Beitrag, die Haushaltslage zu konsolidieren“. Da darf man gespannt sein, ob er das auch noch in den kommenden Monaten und Jahren anerkennt, wenn mit weiteren Sparmaßnahmen zu rechnen ist.

Richtlinien über das Lebensarbeitszeitkonto

Jetzt wurde in einem Erlass „Richtlinien über das Lebensarbeitszeitkonto (LAK) vom 14. Juli, Az. 11–8b38-, StAnz. 31/2009, Seite 1698 klar gemacht, wie die Umsetzung stattfinden soll. Es ist das übliche und kaum verständliche Bürokratendeutsch, das ich hier zu übersetzen versuche.

Nach den Aussagen des HMdl gibt es für Beamt/innen (gilt nicht nur für Polizei), die 42 Stunden pro Woche arbeiten, im Jahr 52 Stunden die angespart werden können (Art. II/1). Da das Jahr im Regelfall 364 Tage hat, sind es genau 52 Wochen.

Rechenbeispiele

Angenommen, es arbeitet jemand vom 20. (1.1.2009) bis zum 60. Lebensjahr (31.12.2049) diese 42 Wochenstunden, dann wären das am Ende 2080 Stunden. Die wären durch die Wochenarbeitsstunden zu teilen, woraus sich 49,5 Wochen ergäben. Das sind, bei 4 Wochen pro Monat, 12 Monate. Er/Sie ginge dann nicht Ende 2049 in den Ruhestand, sondern bereits Ende März 2049. Es gibt die Möglichkeit, seine Wochenarbeitszeit freiwillig um eine Stunde zu erhöhen (Art. III/3).

Da die 42-Stundenregelung im Regelfall aber nur bis zum vollendeten 50. Lebensjahr gilt, muss man schon 10 Jahre abziehen. Es bleibt also die Zeit bis Ende 2039, also 30

Jahre. Macht man das Rechenspiel erneut, so bekommt man 1560 Stunden angeschrieben. Das sind dann fast 37 Wochen oder 9 Monate. Rechnet man noch sechs Wochen Urlaubszeit hinzu, dann kann der/die Betroffene statt Ende des Jahres 2049 schon Mitte Februar seinen Dienst beenden, wird aber mit dem 60. Lebensjahr Ende des Jahres 2049 offiziell in den Ruhestand verabschiedet. Nimmt man aber einen heute 45jährigen Beamten, dann kann der gerade einmal sechs Wochen früher in „Ruhestand“ gehen.

Sonderregelungen

1. Wer aber nur 40 oder 41 Stunden p/W arbeitet, kann seine Arbeitszeit freiwillig auf 42 Stunden erhöhen und bekommt dann auch die Gutschrift, heißt es in dem Erlass (Art. III/3). Wer den Erlass aber genau durchliest, wird sich das gut überlegen.
2. Auch Teilzeitbeschäftigte können eine Stunde mehr arbeiten und bekommen die Gutschrift auf ihrem persönlichen LAK (Art. III/2).
3. Auch bei Altersteilzeit im Blockmodell gibt es etwas (Art. III/4). Hier kann die Gutschrift auch vorzeitig in Anspruch genommen werden während der „Arbeitsphase“ (Art. V/7).
4. Keine Gutschrift gibt es bei „Zeiten ohne Fortzahlung der Besoldung“ (Art. III/1).
5. Wer länger als sechs Wochen krank ist, bekommt auch nichts mehr (Art. III/6).
6. Auf die Freistellung kann durch unwiderrufliche schriftliche Erklärung gegenüber der zuständigen Stelle verzichtet werden (Art. IV/3).
7. Wer zu einem anderen Dienstherrn außerhalb Hessens wechselt oder in die Privatwirtschaft, kann eine Freistellung nur bekommen, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Ist das nicht möglich oder übernimmt der neue Dienstherr die Zeitgutschrift nicht (warum sollte

er ???), „verfällt das Zeitguthaben“ (Art. V/8).

8. Soweit eine genehmigte Freistellung nicht zu dem beabsichtigten Zweck in Anspruch genommen werden kann (z.B. Ausfallen einer Reise), findet keine erneute Gutschrift auf dem LAK statt. Die Freistellung erfolgt wie geplant. Das Zeitguthaben ist verbraucht, Ausnahme: ärztlich attestierte Krankheit (Art. V/9).
9. Weitere Überstunden und Mehrarbeitsstunden werden nicht auf das LAK angerechnet (Art. III/5).

Inanspruchnahme

Die Freistellungsphase kann im Ganzen nur direkt vor der Ruhestandsversetzung in Anspruch genommen werden (Art. V/1). Berechnet wird das Zeitguthaben erstmals nach vier Jahren, wenn mindestens 208 Stunden angespart sind (Art. IV/1). Wer diese 208 Stunden bis zu seiner Pensionierung nicht erreicht, wird ein halbes Jahr vor seiner Ruhestandsversetzung über sein LAK informiert. Ausnahmen gibt es „zur erforderlichen Betreuung eines Kindes oder eines pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen“ (Art. V/3)

Es besteht auch die Möglichkeit, das Zeitguthaben aus persönlichen Gründen auf Antrag vorzeitig in Anspruch zu nehmen, „soweit dienstliche Belange nicht beeinträchtigt werden“ und mindestens 208 Stunden angespart sind (Art. V/2). Sie ist mindestens drei Monate vorher zu beantragen (Art. V/5). Ausnahme Art. V/3, persönliche Gründe. Die endgültige Berechnung erfolgt innerhalb von drei Monaten nach Beendigung des 51. Lebensjahres. Betroffene werden dann von der Personalverwaltung informiert, „über den Zeitraum der Freistellung vor dem Ruhestand“ (Art. V/2).

Fazit

Das Lebensarbeitszeitkonto ist eine kleine Möglichkeit, vor allem dem gesundheitlich schwierigen Schichtdienst ein wenig zu helfen, meiner Ansicht nach allerdings nur bei „vorzeitiger Inanspruchnahme“, wenn sich Betroffene alle vier Jahre eine besondere Auszeit zur Erholung gönnen. Diese Regelung ist

kein Ersatz für die GdP-Forderung „25 Jahre Schichtdienst sind genug“ und die Forderung auf Reduzierung der Wochenarbeitszeit. Sie ist auch kein Ersatz dafür, dass eine 42-Stunden-Woche belastender ist als eine 38,5-Stunden-Woche. Insofern ist das Angebot, die Arbeitszeit freiwillig zu erhöhen, um dann eine Zeitgutschrift zu bekommen, kein wirklich echtes Angebot. Eine

finanzielle Vergütung ist nicht vorgesehen, da es kein „Urlaub“ ist (siehe EuGH-Urteil zum Urlaub). Die Zeitgutschrift verfällt beim Wechsel des Arbeitgebers, bei vorzeitiger Pensionierung z.B. wegen Krankheit, Unfall oder bei Tod. Das sind alles Unwägbarkeiten, unabhängig von der Vermutung, dass die Lebensarbeitszeit in den kommenden Jahren verlängert wird,

dass sich die Wochenarbeitszeit ändert, dass eine vorzeitige Abgeltung in das Ermessen des Dienstherrn gestellt wird (wenn keine dienstlichen Belange entgegenstehen). Als Polizeibeamt/innen bleibt uns aber nur die Möglichkeit, diese Regelung zu nehmen wie sie ist und das Beste daraus zu machen, jeder für sich.

Norbert Weinbach

Blick über den Zaun

Kürzungen bei den Beamtenpensionen im Gespräch

Was nicht nur die GdP befürchtet hat, nimmt so langsam Gestalt an. Bund und Länder wollen wahrscheinlich auf Kosten des öffentlichen Dienstes sparen. Nicht anders kann man den Innenminister Baden-Württembergs verstehen, der aufgrund der Föderalismusreform ein eigenes Landesversorgungsgesetz erarbeitet hat, wie ein „Blick über den Zaun“ zeigt. Darin forderte er, dass das vorgesehene Ren-

ten-/Pensionsalter von 67 Jahren schon 2020, statt wie bisher vorgesehen im Jahr 2029 erreicht werden solle. Ersatzweise solle die Senkung des Versorgungshöchstsatzes (bisher 75 Prozent) statt der gesetzlich vorgesehenen Senkung auf 71,75 Prozent um weitere 0,7 Prozentpunkte auf 71,05 Prozent gesenkt werden. Die Spitzenorganisationen und auch die GdP haben das vehement abgelehnt.

Da jetzt alle Länder ihre eigenen Versorgungsgesetze machen müssen, kann man davon ausgehen, dass wir hier nur die Spitze des Eisbergs gesehen haben und dass auch andere Bundesländer diesen Schritt gehen werden. „Nachtigall ick hör dir trapsen“, kann man da nur sagen. Auch die hessische GdP muss wachsam sein. nw

Urlaubsanspruch auch bei Rente/Pension

EuGH und BAG entschieden zugunsten von Tarifbeschäftigten

Es ist schon erstaunlich, dass wir in jüngster Zeit immer wieder feststellen müssen, dass deutsches Recht dem mittlerweile gängigen europäischen Recht widerspricht. So hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) anfangs des Jahres entschieden, dass der Urlaubsanspruch eines Beschäftigten nicht entfällt, auch wenn er längere Zeit krank war, nahtlos in den Ruhestand gegangen ist und bis dahin seinen Urlaub nicht hat nehmen können. Es ging um die Frage, ob der Urlaubsanspruch noch besteht und, wenn ja, ob er nicht finanziell abgegolten werden müsse?

Urlaubsanspruch auch bei Krankheit

Der EuGH hat entschieden, dass der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub (es geht nur um den gesetzlich garantierten Mindesturlaub) nicht erlischt, selbst wenn der Beschäftigte krank geschrieben war und seine Arbeitsunfähigkeit bis zum Eintritt in das Rentenalter andauert hat. Es besteht auch Anspruch auf finanziellen Ausgleich.

Daraufhin hat sich auch das Bundesarbeitsgericht (BAG) umstellen müssen und hat sich der Auffassung des EuGH angeschlossen (Entscheidung vom März 2009, Az.: 9 AZR 983/07). Es geht hier um die Arbeitszeitrichtlinie (AZR) 2003/88, Artikel 7. Da dieses Urteil rechtskräftig ist, können nun Beschäftigte, die lange Zeit krank sind, ihren Urlaub nachholen, nicht nur, wenn sie in den Ruhestand gehen. Das gilt rückwirkend ab dem 2. August 2006. Auf eine finanzielle Vergütung haben sie ebenfalls Anspruch, da die EU-Richtlinie 2003/88/EG im Gegensatz zur Rechtsauffassung des BMI steht, wonach nach den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums eine finanzielle Vergütung für einen nicht genommenen Urlaub nicht möglich sei.

Das Urteil des BAG gilt zunächst für Tarifbeschäftigte. Es dürfte aber auch auf Beamt/innen anzuwenden sein, da der EuGH im Regelfall nicht unterscheidet zwischen Tarifbeschäftigten und Beamt/innen. Rechtsschutzanträge von betroffe-

nen Beamten liegen der GdP bereits vor.

Erholungsurlaubsverordnung

Im Zusammenhang mit dem EuGH-Urteil will der Bund mit der 12. Änderungsverordnung der Erholungsurlaubsverordnung einige Änderungen am Erholungsurlaub vornehmen. So soll der Zusatzurlaub für den Wechselschichtdienst von bisher 1 bis 4 Tage auf 3 bis 6 Tage verlängert werden. Die GdP-Forderungen gehen allerdings weiter.

Der Zusatzurlaub für Wechselschichtdienstleistende soll auf 12 Tage erhöht werden.

Es soll ausgleichende Zusatzleistungen für lebensältere und langjährig im Schichtdienst eingesetzte Polizeibeamt/innen geben.

Der Zusatzdienst für Schicht- und Einsatzdienst leistende Polizeibeamt/innen soll ebenfalls verbessert werden. NW

Hurra, wir dürfen länger arbeiten

Altersgrenzen für Beamt/innen nicht mit EG-Recht vereinbar

Zumindest in erster Instanz, nämlich beim Verwaltungsgericht Frankfurt, hat ein Oberstaatsanwalt ein Urteil erwirkt, so war es der Presse zu entnehmen, dass er länger arbeiten darf als bis zum 65. Lebensjahr, der gesetzlich festgelegten Altersgrenze. Das hessische Beamtenrecht ist angeblich in diesem Punkt nicht mit dem neuesten EU-Recht vereinbar, da die EU in der Altersbeschränkung eine Diskriminierung sieht. Beschwerde beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof ist zulässig. Mal sehen, was das Land Hessen macht.

Ähnliches haben wir schon in den USA erlebt, wo man zum Beispiel Tattergreise an Supermarktkassen findet, die den Einkäufern helfen, ihre Waren in Tüten zu verpacken. Die alten Herrschaften (die arbeiten müssen, weil es keine ausreichende Rentenregel gibt wie bei uns), können einem Leid tun. Betriebe müssen ihre Bewerbungen aber prüfen, sie im Zweifelsfall einstellen, da eine Nichteinstellung aus Altersgründen als Diskriminierung angesehen wird.

Wenn dieses Urteil höchstinstanzlich bestätigt wird, und ich habe keinen Zweifel daran, dann haben wir bald nicht nur Beamt/innen, die länger arbeiten wollen und dann auch dürfen, wir haben auch Tarifbeschäftigte in der Industrie, die nicht automatisch in Rente geschickt werden können. Sie müssen weiterbeschäftigt werden oder man muss einen anderen Kündigungsgrund finden, etwa den, dass sie nicht

mehr in der Lage sind, aufgrund ihres Alters die geforderten Aufgaben zu erfüllen. Viele werden weiter arbeiten wollen, weil ihre Rente nicht zum Leben reicht. Ich höre ihn schon wieder, den alten Spruch: „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel“. Verdenken kann man es vielen Menschen nicht.

Was ist mit unserer Sicherheit?

Wie ist das mit Piloten in Verkehrsflugzeugen, mit Fluglotsen, die höchst konzentriert arbeiten müssen, mit Offizieren der Bundeswehr, die alle vorzeitig in den Ruhestand gehen, weil man an ihre Berufe besondere Anforderungen stellt, denen sie angeblich im Alter nicht mehr gewachsen sind. Was ist mit der besonderen Altersgrenze für die Polizei? Wie ist das mit hauptamtlichen Politikern, die ihr Amt spätestens mit 68 Jahren aufgeben müssen, mit Ärzten, denen die Kasse ab einem gewissen Alter die Zulassung entzieht? Will ich denn von zittriger Chirurgiehand operiert werden, will ich wirklich einen altersbedingt schwerhörigen oder kurzsichtigen Piloten in der Kanzel haben oder einen Fluglotsen mit Gebrechen. Alter alleine ist noch kein Gebrechen aber mit zunehmendem Alter lassen bestimmte Hirn- und Körperfunktionen nach.

Haben eigentlich junge Leute noch eine Chance, einen Job zu bekommen, wenn wir „Alten“ nicht in Ruhestand gehen. Bricht jetzt endgültig der Krieg aus zwischen Jung und Alt.

Keine Opa-/Oma-Polizei

In den vergangenen Jahren haben wir als GdP demonstriert gegen eine Heraufsetzung der besonderen Altersgrenze bei der Polizei, haben deutlich gemacht, dass wir keine Opa-Polizei (künftig muss man auch von einer Oma-Polizei sprechen) haben wollen. Wir kämpfen immer noch an verschiedenen Fronten um die 60-Jahres-Grenze. Jetzt kann uns der Innenminister auslachen und sagen, „ich darf euch ja nicht in den Ruhestand entlassen, wenn ihr nicht wollt“. Verkehrte Welt. Ausgerechnet über den Passus „Diskriminierung“ können wir künftig zuhauf immer ältere Schutzleute auf der Strasse sehen. Dabei gibt es wirklich ausreichend andere Arten Diskriminierungen, die man verfolgen müsste, weil sie die betroffenen Menschen krank machen, weil sie ihnen Angst machen.

Ich jedenfalls kann mit meinen 65 Jahren sagen, dass ich froh war, mit 60 Jahren als Polizist in den Ruhestand gehen zu können, dass ich diesen Ruhestand genieße, auch wenn er oft ein Unruhestand ist. Ich kann allen Kolleg/innen nur raten, wenn es keine unbedingte Notwendigkeit gibt, länger zu arbeiten als man muss, geht in Pension, geht in Rente, genießt euer Leben, oft genug ist es sowieso kürzer als man denkt.

Norbert Weinbach,
Seniorenvertreter der GdP

Das „Wir“ vor das „Ich“ stellen

Die Geschichte der Familie von US-Präsident Barack Obama

Heute ist er Präsident der vereinigten Staaten von Amerika, Barack Obama.

Wer aber ist Barack Obama, „der mächtigste Mann der Welt“, wie ihn viele Medien bezeichnen? Kann er die Hoffnungen, die wir fast alle in ihn setzen, soweit wir seinen Wahlkampf erlebt haben, wirklich erfüllen? Kann er ein anderes Amerika

schaffen, weg von Georg Bush, dem Anti-Amerikaner in den Augen vieler Europäer? Hat ihn die Realität des amerikanischen Alltags nicht schon eingeholt? Denken wir nur an die Verzögerung bei der Umsetzung einer Krankenversicherung für alle Amerikaner oder an die Weigerung Israels, seine Siedlungspolitik aufzugeben.

Viele Fragen ranken sich um diesen neuen „schwarzen“ Präsidenten. Ein paar hoffnungsvolle Antworten gibt Barack Obama selbst in seinem Buch „Barack Obama – Ein amerikanischer Traum.“ Es ist die Geschichte seiner Familie.

Erschienen ist dieses Buch bereits 1995 als der Mensch Barack Obama zwar schon politisch aktiv war,

als er aber als junger Mann wohl noch nicht daran dachte, einmal Präsident der USA zu werden. Herausgegeben wurde das Werk in Deutsch im Jahr 2008 im Carl Hauser Verlag München, ISBN 978-3-446-2301-7, im Buchhandel zu bekommen für 19,95 Euro. 2008 zeichnete sich schon ab, dass Barack Obama Präsident werden könnte. Wahrscheinlich gab das dem Verlag den Mut, das Buch herauszubringen. Es ist ein lesenswertes Buch, das vielleicht ein wenig erhellt, warum dieser Präsident anders ist als sein Vorgänger.

Obama ist der Sohn einer weißen amerikanischen Mutter und eines schwarzen kenianischen Vaters, also eine Mischung aus schwarz und weiß. Er hat eine komplizierte Familiengeschichte, da der Vater mehrere Frauen hatte und mehrere Kinder. So hat Barack Obama auch zahlreiche Geschwister, vor allem in Kenia. Hier sucht er in dem Buch nach seinen Wurzeln, weil er wissen will, wer sein Vater wirklich war. Der, ein hochintelligenter Akademiker, war nämlich nach Afrika zurückgegangen, als Barack noch ein Kind war. Barack ging mit seiner Mutter und einem „neuen“ asiatischen Vater nach Indonesien. Dort lebte er in

ärmlichen Verhältnissen aber glücklich, wenn man seinen Schilderungen Glauben schenkt. Als Jugendlicher kehrte er zurück in die USA, lebte meist bei seinen Großeltern mütterlicherseits auf Hawaii. Dort erlebte er persönlich die Diskriminierungen, denen „Farbige“, insbesondere „Schwarze“, ausgesetzt waren.

Obama schildert hier seinen Lebensweg, der nicht einfach war, da er all die kleinen Laster der damaligen Jugend (Rauchen Alkohol, Drogen) auch für sich in Anspruch nahm. Er war aber immer auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser Erniedrigung. Er trieb Sport und war ein ausgezeichnete Schüler, später ein ebensolcher Student an der Harvard Universität (Stipendium), wo er Jura studierte, was ihm den Weg in die Politik öffnete.

Bezeichnend für den Werdegang Obamas ist aber seine Tätigkeit als „Sozialarbeiter“. Er macht „Stadtteilarbeit“ in den ärmeren Vierteln von Chicago, erlebt viele Enttäuschungen in diesen meist von Schwarzen bewohnten Vierteln. Er versucht mit Hilfe Gleichgesinnter und der dortigen Kirchen (wir würden sie als Sekten bezeichnen) das Los der Men-

schen zu erleichtern. Er beschreibt aber auch, wie schwierig es ist, diesen Menschen, eigentlich ganz normalen Amerikanern, klar zu machen, dass sie sich nur selbst helfen können, dass sie stark sind, wenn sie sich organisieren, dass sie das „Wir“ vor das „Ich“ stellen müssen.

Obama sieht die Armut bei Schwarz und Weiß, er kennt die Defizite der Gesellschaft, weiß, dass Bildung mehr als notwendig ist, um aus ärmlichen Verhältnissen raus zu kommen. All diese persönlichen Erfahrungen prägen das Weltbild des Menschen Barack Obama und sie machen aus ihm den Präsidenten der USA, von dem die Menschen hoffen, dass er ihre Probleme löst. Er kann und wird es wohl nicht schaffen, alle Probleme seines Landes und der Welt zu lösen, ein Hoffnungsschimmer ist er aber doch. Das Buch ist informativ und flott zu lesen. Was mir fehlt, ist die Geschichte vom Aufstieg des Mannes zum Politiker. Wer steckt dahinter? In dem Buch kann es nicht enthalten sein, da es, wie gesagt, bereits 1995 in den USA erschienen ist. Eine Fortsetzung wäre wünschenswert, denn Barack Obama ist auch ein guter Erzähler. Das sollte man nicht vergessen. NW

„Die korrupte Republik“

Über die einträgliche Kungelei von Politik, Bürokratie und Wirtschaft

Wie fest die „Mafia“ die Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Griff hat, inwieweit mafiöse Strukturen die Politik beeinflussen, habe ich in der Juni-Ausgabe des Polizei-Reports anhand verschiedener Buchbesprechungen deutlich gemacht. Diesem Gebaren von Kungelei und Korruption haftet etwas Kriminelles an. Dass Bestechung, Beeinflussung, Kungelei und andere Spielarten in Deutschland mehr oder weniger legal sind und durchaus üblich, schreibt Stern-Redakteur Hans-Martin Tillack in seinem neuen Buch „Die korrupte Republik“. (Hofmann und Campe Verlag, Hamburg, 2009, ISBN 978-3-455-50109-4, für 19,95 im Buchhandel). Hier zeigt er, wie die Wirtschaft mit Millionen von Euro Politik macht, zeigt, dass sich deutsche Bundes- und Landtagsabgeordnete bestechen

lassen dürfen (ein gewählter Abgeordneter macht sich nicht strafbar, wenn er Geld oder Anderes nimmt. Ein Beamter schon), dass Berlin fast schon weltweit eine Ausnahmestellung einnimmt, wenn es darum geht, zu verschleiern, wie Industriefirmen und Verbände versuchen, Politik und Politiker/innen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Tillack nennt Fakten, Zahlen, Namen, gibt Quellenangaben, erzählt (leider wahre) haarsträubende Geschichten von schmieregeldhungrigen Beamten/innen, von verschwiegene Verwaltern schwarzer Kassen, von Politikern, die Transparenz verweigern, von einer Bürokratie, die unter dem Deckmantel des Amtsgeheimnisses Firmen mit öffentlichen Geldern versorgt und dem mündigen Bürger Aufklärung verweigert.

Korruption ein Alltagsphänomen

Korruption ist, getarnt als „Lobbyismus“, in Deutschland zum Alltagsphänomen geworden. Da zahlten Großkonzerne Honorare an Bundestagsabgeordnete (MdB), die offenkundig keine Gegenleistung erbringen mussten. Bis heute hat die BRD nicht die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert. Weil die Mehrheit der MdB nicht will, dass Abgeordnetenbestechung konsequent bestraft wird, stehen wir schlechter dar als Uruguay oder Albanien. Auf der anderen Seite werden so genannte „Whistleblower“ (Beamte oder Firmenmitarbeiter, die schmutzige Deals öffentlich machen) als Nestbeschmutzer hingestellt. Ihre Karriere ist zu Ende, während diese mutigen Menschen zum

Beispiel in den USA oder Großbritannien durch Gesetz geschützt werden.

„Und während Staatsanwälte z.B. in Italien (siehe Mafia-Buchbesprechung) unabhängig ermitteln dürfen und selbst einen amtierenden Ministerpräsidenten ins Visier nehmen können, stehen deutsche Staatsanwälte bis heute unter der Fuchtel der Landesjustizminister. Selbst wo Korruption in Deutschland eindeutig strafbar ist, wird sie oft nur zögernd verfolgt, weil die Ermittlungsbehörden unterbesetzt oder überpolitisiert sind - oder beides“, schreibt Tillack. Entsprechende Beispiele von „strafversetzten“ Staatsanwälten oder Zollfahndern sind in den vergangenen Jahren durch die Presse gegangen.

Feiern von Ministerien werden von der Industrie „gesponsert“. Auch das Sommerfest des Bundespräsidenten (Kosten 1 Mio Euro) wird durch Spenden von z.B. Dresdner Bank, EADS, Vattenfall finanziert. Campari oder Warsteiner liefern kostenlos Getränke. Da werden Abgeordnete zum Essen eingeladen, zu Fortbildungsveranstaltungen in der Karibik, da fliegen Industriebosse auf Kosten des Steuerzahlers mit Politikern zu Regierungsgesprächen ins Ausland, da wechseln Abgeordnete oder Minister, selbst Kanzler, nahtlos von der Politik in die Industrie oder in Verbände, um ihre guten Kontakte zu Politik und Beamtentum gegen gute Bezahlung für deren Lobbyarbeit zu nutzen. Beim Sponsoring verkauft die Politik ihren guten Ruf. Da darf man sich nicht wundern, wenn der hinterher nicht mehr unbeschadet vorhanden ist, wenn die Bürger/innen enttäuscht sind und nicht mehr zur Wahl gehen.

„Allein für das Jahr 2008 schätzt der Linzer Wirtschaftsprofessor Fr. Schneider die Kosten der Korruption in Deutschland auf bis zu 295 Milliarden Euro. Ein Grund: Wenn sich Firmen Aufträge durch Bestechung erschleichen können, gehen ehrliche und möglicherweise effizientere Kunden leer aus und rutschen in die Pleite“. Von Steuerausfällen und überhöhten Preisen nicht zu reden. Bestechungsgelder müssen sich

schließlich wirtschaftlich rentieren. Ein geflügeltes Wort heißt: „Wer sich Lobbying nicht leisten kann, hat auch keine Lobby“.

Perfide ist es, von der Durchlässigkeit von Politik und Wirtschaft zu reden, wenn sich die Politik „Experten“ der Wirtschaft in die Ministerien holt, die dann die entsprechenden Gesetze mitformulieren. Als Beispiel seien nur die Gesundheitsreform genannt (Pharmaindustrie) oder auch die Bankenaufsicht Soffin, deren Mittel zur Bekämpfung der Spekulation ein stumpfes Schwert sind, wie sich jetzt immer wieder zeigt.

Gutes Beispiel USA

US-Kongressabgeordnete dürfen von Lobbyisten keine Gaben mehr annehmen, die über den Wert eines Schokoriegels hinausgehen. Geschenke (etwa Freikarten für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen), Essen im Stehen (nicht im Sitzen), Reisen, unter 50 Dollar, sind unproblematisch, solange sie nicht von einem Lobbyisten kommen oder einer Firma, die Lobbyisten beschäftigt. Es gibt große Lobbyfirmen mit vielen hundert Angestellten, deren sich die Industrie bedient, um nicht direkt in Erscheinung zu treten.

In den USA müssen Firmen viertel- bis halbjährlich deklarieren und veröffentlichen lassen, was sie ausgegeben haben, um auf die Politik Einfluss zu nehmen. Meldepflichtig ist jeder, der in sechs Monaten mehr als 10.000 Dollar für Lobbyaktivitäten bezahlt hat. Wer sich nicht daran hält, riskiert eine Gefängnisstrafe. Auf der Webseite des US-Senats erfährt man, dass VW im ersten Halbjahr 2007 rund 120.000 Dollar an eine Lobbyfirma bezahlt hat. Der deutsch-französische Rüstungskonzern EADS hat im ersten Quartal 2008 über eine Million Dollar an verschiedene Firmen bezahlt. In Deutschland fällt so etwas unter das „Amtsgeheimnis“ und wir Bürger lassen uns das von unseren Politikern gefallen obwohl wir das alles mit unseren Steuergeldern wieder bezahlen müssen. Das „Informationsfreiheitsgesetz“ von 2006 hat Löcher. Es sollte Privatbürgern und Firmen die Möglichkeit geben, die Ausübung öffentlicher Macht und

die Nutzung öffentlicher Mittel zu kontrollieren. Herausgekommen ist: Der Bürger kann um Auskunft bitten! Tillack nennt auch zahlreiche Beispiele und Methoden von Korruption in der Europäischen Union.

Mutige Journalisten sind gefragt

Wir können uns auch nicht mehr unbedingt auf unseren Journalismus verlassen, der schon viele Fälle von Korruption aufgedeckt hat, da z.B. die Politik versucht, missliebige Journalisten strafrechtlich zu verfolgen. „Journalismus besteht darin, Dinge zu veröffentlichen, die andere geheim halten wollen. Alles andere ist Reklame“, wird der frühere britische Pressebaron Viscont Northcliff zitiert. „Journalisten sind keine Polizisten und Staatsanwälte. Sie sind auf Informanten (siehe Whistleblower) angewiesen und sie müssen in der Lage sein, diese Quellen zu schützen“, so der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Leider hat die grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit in der BRD Lücken (Razzien in Redaktionsräumen, Telefonabhörung von Journalisten). Auch wenn es einen Verhaltenskodex des deutschen Presserates gibt, wird doch immer wieder versucht, Journalisten zu bestechen. Es wird versucht, die Entscheidungsfreiheit von Verlagen und Redaktionen zu beeinflussen (z.B. keine Inserate). Vattenfall (störanfälliger Atomreaktor Krümmel) lädt alle sechs Monate Chefredakteure wichtiger Medien zum Essen in ein brandenburgisches Schlosshotel. Autohersteller und Touristikunternehmen laden zu teuren Reisen ein. Wer sich nicht wohl verhält, wird von Ministerien nicht mehr zu Hintergrundgesprächen eingeladen.

Gegen Lobbyisten wird kaum ermittelt, wohl aber gegen Journalisten, die geheime Absprachen aufdecken. Das ist dem Autor Hans-Martin Tillack selbst schon passiert, als Stern-Korrespondent, der Korruption in der EU aufgedeckt hat, weil „Olaf“, die Korruptionsermittlungsbehörde der EU, kaum etwas unternommen hatte. Gut, dass es noch Journalisten wie Hans-Martin Tillack gibt. nw